



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7730 Friedli Esther

Beunruhigende Wolfsangriffe - Wolf muss reguliert werden

Die Wolfspopulation in der Schweiz vermehrt sich rasant. Diesen Sommer gab es viele Wolfsrisse. Die Bauernfamilien sehen daher mit grosser Sorge dem nächsten Sommer entgegen. So kann es nicht weitergehen.

- Ist der Bundesrat über die starke Vermehrung und Ausbreitung der Schweizer Wolfspopulation nicht auch besorgt?
- Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass der Wolf reguliert werden muss, damit unsere Alpen auch in Zukunft bestossen werden können?

Question 21.7802 Roduit

Devra-t-on protéger les randonneurs contre le loup ?

Chaque semaine des attaques de loup ont lieu dans plusieurs régions de Suisse. Hormis les dégâts causés aux animaux de rentes (moutons, veaux,...) la prolifération de meutes crée un sentiment d'insécurité dans la population. Une photographie largement médiatisée de 5 loups dans le Val des Dix, proches du site randonneur de Mandèlon, suscite de vives réactions. Les dispositions révisées de l'ordonnance sur la chasse étant insuffisantes, quelles mesures immédiates le Conseil fédéral prendra-t-il ?

Antwort:

Der Bundesrat ist sich der raschen Zunahme des Wolfsbestandes in der Schweiz bewusst. Er hat sich deshalb letztes Jahr für eine Änderung des Jagdgesetzes eingesetzt. Die Bevölkerung hat letzten September aber an der Urne diese Vorlage abgelehnt. Das bestehende Jagdgesetz bleibt damit weiterhin gültig. Demgemäss bleibt eine Rudelregulation nach Zustimmung des Bundes möglich. Der präventive Abschuss ist hingegen nicht vorgesehen. Das Parlament hatte den Bundesrat diesen Februar mit einer zeitnahen Revision der Jagdverordnung beauftragt. Im Rahmen des bestehenden Jagdgesetzes soll eine geregelte Koexistenz zwischen Menschen, Grossraubtieren und Nutztieren ermöglicht werden. Diese Jagdverordnungsänderung wurde umgehend vorbereitet und bereits per Mitte Juli 2021 in Kraft gesetzt. Damit wurde einerseits der Herdenschutz gestärkt und zusätzliche Bundesmittel gesprochen. Andererseits können die Kantone nun bei Konflikten mit der Nutztierhaltung rascher in die Wolfsbestände eingreifen.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7738 Candinas

Wie wird in der Schweiz die Sicherheit von Touristen, Wanderern, Bikern etc. in Gebieten mit Herdenschutzmassnahmen sichergestellt?

Kürzlich kam es in Italien zu einem tödlichen Vorfall mit einem Herdenschutzhund. Eine 20-jährige Frau wurde in der Nähe eines Picknickplatzes in Monte Fiorino in der Gemeinde Satriano von einem Maremma-Schäferhund zerfleischt. Wie wird in der Schweiz die Sicherheit von Touristen, Wanderern, Bikern etc. in Gebieten mit Herdenschutzmassnahmen sichergestellt?

Antwort:

Die Sicherheit wird einerseits durch die Entflechtung von Tourismus und Landwirtschaft gefördert, andererseits durch besondere Anforderungen an die Herdenschutzhunde und deren Haltung.

Massnahmen auf Seiten des Tourismus, zum Beispiel die Entflechtung der Einsatzgebiete von Herdenschutzhunden vom Mountainbike- und Wanderwegnetz, können je nach Gebiet eine sehr effiziente und wirkungsvolle Massnahme zur Konfliktverhütung sein. Entsprechende Planungen werden gemäss der im Juli revidierten Jagdverordnung finanziell unterstützt.

Bezüglich Herdenschutzhunden setzt der Bund seit 2014 ein System zur Unfall- und Konfliktverhütung ein. Um die Sicherheit der Hunde aus diesem Bundesprogramm zu garantieren umfasst es drei zentrale Elemente: die Qualität der eingesetzten Hunderassen und Hunde, klare Regeln zu deren sicheren Einsatz und die Überwachung der Hunde.

Die Kantone können die Haltung und den Einsatz von Herdenschutzhunden auch ausserhalb des Bundesprogramms zulassen. In diesem Fall verantworten sie die Ausbildung und den Einsatz ihrer Herdenschutzhunde.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7739 Candinas

Wieso erlässt das BAFU seine Zustimmungsverweigerungen für Wolfsregulationen nicht in Form einer anfechtbaren Verfügung?

Am 11. September 2020 mit Ergänzung vom 24. September 2020 stellte der Kanton Graubünden ein Gesuch betreffend Regulation des Wolfsrudels «Beverin», welches das BAFU mit Schreiben vom 19. November 2020 mit Verweis auf einen nicht vorliegenden ausreichenden Schaden abgewiesen hat. Die Abweisung des Gesuchs erfolgte — wie offenbar üblich beim BAFU — nicht in Verfügungsform.

Wieso erlässt das BAFU seine Zustimmungsverweigerungen für Wolfsregulationen nicht in Form einer anfechtbaren Verfügung?

Antwort:

Das Jagdrecht schreibt nicht vor, dass die Verweigerung der Zustimmung direkt als Verfügung ausgestaltet wird. Die Kantone können beim Bundesamt für Umwelt aber eine anfechtbare Verfügung einfordern.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7740 Candinas

Wieso gibt das BAFU eine Studie zur touristischen Potenzialbetrachtung in Auftrag?

Das BAFU liess eine Kommunikationsagentur eine Studie zum Thema "Chance Landschaft - eine touristische Potenzialbetrachtung" verfassen.

1. Wer hat den Auftrag für diese Studie erteilt?
2. Wie lautete der genaue Auftrag?
3. Ist es Aufgabe des BAFU Studien zur touristischen Potenzialbetrachtung in Auftrag zu geben?
4. Nach welchen Vorgaben wurde die Studie vergeben?
5. Wie hoch waren die Kosten?
6. Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben des BAFU für externe Studien/Arbeiten?

Antwort:

1: Der Auftrag wurde vom Bundesamt für Umwelt BAFU erteilt.

2: Die Auftragnehmer wurden beauftragt, die Bedeutung und die Potenziale der Landschaft für den Tourismus aufzuarbeiten und zu dokumentieren. Zudem waren die Erkenntnisse zusammen mit Tourismus- und Landschaftsexpertinnen zu diskutieren und Empfehlungen abzuleiten.

3: Der Bundesrat hat in seiner Tourismusstrategie und im Landschaftskonzept Schweiz die Bedeutung der landschaftlichen und baukulturellen Qualitäten für den Tourismus hervorgehoben. Die vielfältigen und intakten Landschaften mit ihren regionstypischen Natur- und Kulturwerten sind wichtige Standortqualitäten. Die Kooperation zwischen Tourismus-, Landschafts- und Kulturpolitik soll verstärkt werden. Entsprechend erfolgte der Auftrag durch das BAFU in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft.

4 und 5: Es handelt sich um einen Dienstleistungsvertrag, der in einem freihändigen Verfahren vergeben wurde. Das Auftragsvolumen betrug 148'500 Franken.

6: Das BAFU hat 2020 insgesamt rund 17 Millionen in Forschung und Entwicklung investiert.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7741 Schläpfer 75-jährige Autofahrer

In der Schweiz müssen sich ältere Autofahrer in regelmässigen Abständen ihre Fahrtauglichkeit bestätigen lassen.

Ausländische Autofahrer können ohne Untersuchung frei in der Schweiz herumfahren.

- Hält dies der Bundesrat nicht für eine klare Diskriminierung der Bewohner der Schweiz?

- Wäre es denkbar, dass man für ältere Schweizer, z.B. einen Führerausweis nur für einen Rayon in der Umgebung des Wohnortes schaffen könnte?

Antwort:

Der Bundesrat sieht in den Kontrolluntersuchungen keine Diskriminierung. Die medizinischen Anforderungen in der Schweiz zum Führen von Fahrzeugen sind mit jenen der Europäischen Union (EU) harmonisiert.

Auch die EU-Staaten müssen sicherstellen, dass die Fahrzeugführenden die medizinischen Mindestanforderungen stets erfüllen. Dazu können sie entweder ärztliche Untersuchungen oder eine andere Art der Überprüfung vorschreiben. 19 EU-Staaten sowie die Schweiz sehen eine ärztliche Untersuchung vor.

Der Bundesrat hat einen Führerausweis nur für die Umgebung des Wohnortes von Fahrzeuglenkenden bereits im Jahr 2016 eingeführt (Art. 34 der Verkehrszulassungsverordnung). Die kantonalen Strassenverkehrsämter können bereits heute einen auf ein Rayon beschränkten Führerausweis erteilen, wenn eine Arztperson bestätigt, dass die Fahrzeugführerin oder der Fahrzeugführer die noch erlaubten Fahrten sicher durchführen kann.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7743 Schläpfer CO₂ und Gaskraftwerke

Der Bundesrat erwägt, Gaskraftwerke in Betrieb zu nehmen, um die drohende winterliche Stromlücke füllen zu können. Einerseits werden den Bürgern CO₂-Abgaben belastet, während gleichzeitig der Bund CO₂-Schleudern in Form von Gaskraftwerken plant. Die Energiestrategie 2035 scheint krachend gescheitert zu sein. – Findet es der Bundesrat nicht angemessen, die CO₂-Abgaben zu sistieren, solange Gaskraftwerke am Netz sind?

Antwort:

Die Energiestrategie 2050 ist auf Kurs, wie das Monitoring des Bundesamts für Energie (BFE) zeigt. Vor dem Hintergrund des Netto-Null Ziels des Bundesrates und der damit zusammenhängenden stärkeren Elektrifizierung ist jedoch ein noch stärkerer Effort zum Ausbau der erneuerbaren Energien nötig. Der Bundesrat hat unter anderem deshalb am 18. Juni 2021 zuhanden des Parlaments die Botschaft zum Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verabschiedet. Konkret sieht der Bundesrat vor, die Menge an im Winter sicher abrufbarer Energie um 2 TWh bis 2040 zu steigern. Er setzt dabei primär auf die Wasserkraft. Erst wenn sich bis spätestens 2030 abzeichnen sollte, dass der Zubau nicht erreicht werden kann, würden technologieoffene Ausschreibungen durchgeführt. An diesen Auktionen könnten auch Gaskraftwerke teilnehmen. Der Bundesrat sieht vor, dass diese allfälligen Gaskraftwerke klimaneutral betrieben werden müssten. Konkret müssten die Gaskraftwerke entweder durch Kohlenstoffabscheidung und –speicherung (CCS), CO₂-Kompensation, negative Emissionstechnologien in der Schweiz oder im Ausland oder durch den Einsatz von erneuerbaren Gasen (Biogas, erneuerbarer Wasserstoff und erneuerbares Methan) einen effektiv CO₂-neutralen Betrieb sicherstellen.

Der Bundesrat sieht keinen Grund zur Sistierung der CO₂-Abgabe. Im Gegenteil, sie setzt Anreize zum sparsamen Verbrauch und zum vermehrten Einsatz klimafreundlicher Energieträger.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7758 Klopfenstein Broggin

Lutte contre le déclin des populations d'insectes : quel calendrier de mise en œuvre ?

En réponse à ma motion 21.3849 le Conseil fédéral explique qu'il mettra conjointement en œuvre les motions 19.3207 et 20.3010. Sachant que le déclin des insectes est alarmant, ce qui est confirmé dans l'avis du Conseil fédéral sur le rapport CdG-E «Protection de la biodiversité en Suisse», et ce que rappelle un rapport publié par SCNAT «Diversité des insectes en Suisse»: quel est le calendrier concret de mise en œuvre? Et comment s'assurer que les mesures prévues seront à la hauteur de l'enjeu?

Réponse :

La mise en œuvre des motions doit être coordonnée avec les autres projets pertinents dans le domaine de la biodiversité, en particulier le contre-projet indirect à l'Initiative biodiversité. Le Conseil fédéral entend présenter au Parlement un train de mesures tenant compte des travaux menés dans le cadre de cette initiative. Un calendrier précis ne peut donc pas être défini à l'heure actuelle.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7761 Nicolet Gestion du loup plus pragmatique

Suite aux attaques de loups dans le canton de Vaud, une demande d'autorisation de tir a été demandée auprès de l'OFEV qui a pris 3 semaines pour y répondre autorisant le tir de 2 jeunes loups.

Selon l'article 12 de la loi sur la chasse et afin de permettre une intervention rapide, ne serait-il pas opportun de laisser cette prérogative aux autorités cantonales, tout comme ne serait-il pas judicieux d'adapter l'ordonnance sur la chasse afin de permettre l'abattage des loups adultes incriminés ?

Réponse :

Dans le cadre de la révision de la loi sur la chasse, le Parlement avait décidé que, s'agissant de la régulation de meutes de loups, les cantons ne devraient plus qu'entendre la Confédération. Or cette révision a été refusée par le peuple en septembre 2020. Par conséquent, l'art. 12, al. 4, de la loi sur la chasse continue de s'appliquer : il précise que les cantons doivent obtenir l'assentiment de la Confédération pour pouvoir réguler des populations d'espèces protégées.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7780 Rechsteiner Thomas Bahn 2050: Benachteiligung ländlicher Regionen!

Gemäss den Perspektiven „Bahn 2050“ des Bundesamtes für Verkehr BAV soll der Anteil des öffentlichen Verkehrs öV bis zum Jahre 2050 verdoppelt werden. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Randregionen wie z. B. der Kanton Appenzell Innerrhoden bzgl. Förderung des öV gleich behandelt werden? Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die ländlichen Regionen wie der Kt. AI mit einer unverhältnismässigen Förderung des öV und einer Abstrafung des privaten Verkehrs nicht benachteiligt werden?

Antwort:

Mit dem Postulat 17.3262 Verkehrskreuz Schweiz wurde der Bundesrat beauftragt, eine Vision für das Eisenbahnnetz auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang schlägt der Bundesrat in der Botschaft zum Ausbauschnitt 2035 vor, die Langfristperspektive BAHN im Hinblick auf die Planung des nächsten Ausbauschnitts der Bahninfrastruktur zu überarbeiten. Weiter untersucht das Bundesamt für Verkehr unter dem Projektnamen «Perspektive BAHN 2050», welcher Beitrag die Bahn zur Klimastrategie leisten kann. Dabei wird geprüft, wie eine Verlagerung zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs erreicht werden könnte und welche Folgen diese zusätzlichen Verkehrsmengen auf das Bahnsystem hätten. Eine Voraussetzung für die Perspektive BAHN 2050 ist eine flächendeckende öV-Grundversorgung. Somit bleibt die qualitativ gute Versorgung der Randregionen ein Ziel der Schweizer Verkehrspolitik.

Ob eine Verdoppelung des Marktanteils zu Gunsten des öV realistisch ist und wie diese zu erreichen wäre, ist Gegenstand von laufenden Studien. Diese Studien fokussieren auf den Beitrag der Bahn zum Klimaziel. Eine Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs ist nicht Gegenstand der Perspektive BAHN 2050.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7798 Pasquier

Le Conseil fédéral a-t-il pris connaissance du rapport de SCNAT sur la diversité des insectes en Suisse et s'assure-t-il de sa diffusion auprès des offices fédéraux ?

Le Conseil fédéral a dit être «préoccupé» par l'état de l'entomofaune dans diverses déclarations. Un rapport récemment publié par SCNAT «Diversité des insectes en Suisse» souligne l'urgence de prendre des mesures de protection et de promotion rapides et ambitieuses.

En a-t-il pris connaissance?

S'assure-t-il de sa diffusion auprès de tous les offices fédéraux concernés, comme demandé par la motion 20.3010, et pour favoriser la cohérence des politiques? Si oui, jusqu'à quand? Si non, pourquoi?

Réponse:

In Ergänzung zum Bericht "Das Insektensterben stoppen - eine Auslegeordnung zuhanden der UREK-N" wird die Umsetzung der genannten Motion aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse mitberücksichtigen. Dabei wird auch der erwähnte SCNAT Bericht als Grundlage dienen. Die Umsetzung der Motion wird unter Einbezug verschiedener Bundesämter erfolgen. Dabei werden auch die vorhandenen wissenschaftlichen Grundlagen gemeinsam evaluiert.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7804 Birrer-Heimo

Neue Roamingvorschriften: Was unternimmt das BAKOM gegen fehlbare Fernmeldediensteanbieter?

Laut Medienberichten halten sich verschiedene Fernmeldediensteanbieter, insbesondere Salt, in mehreren Punkten nicht an die seit 1.1. und 1.7. 2021 geltenden Vorschriften der Fernmeldeverordnung. Im Fokus stehen dabei Bestimmungen der Art. 10b Abs. 1, Art. 10d Abs. 1 Bst. c sowie Art. 10d Abs. 2 FDV.

1. Weshalb toleriert das BAKOM seit über zwei Monaten Zuwiderhandlungen gegen die Fernmeldeverordnung?
2. Wann wird das BAKOM gegen die fehlbaren Fernmeldediensteanbieter Verfügungen erlassen?

Antwort:

Die neuen Bestimmungen zum Roaming sind am 1. Juli 2021 in Kraft getreten. Wie alle Rechtsnormen sind auch diese Bestimmungen auszulegen. Das BAKOM ist nach Inkrafttreten der neuen Normen bei verschiedenen Anbieterinnen vorstellig geworden und hat diese aufgefordert, zur Rechtskonformität ihrer Angebote Stellung zu nehmen. Gestützt auf die Antworten in diesen Stellungnahmen wird das BAKOM über das weitere Vorgehen entscheiden. Falls die Anbieterinnen zu diesen neuen Pflichten eine andere Rechtsauffassung als das BAKOM vertreten, wird das BAKOM seine Haltung im Rahmen einer anfechtbaren Verfügung durchsetzen.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7644 Munz Werbung für Dumping-Fleisch verbieten

Deutschland plant ein Werbeverbot für Billigfleisch.
Ist der Bundesrat bereit mit der EU gleichziehen und Dumping-Fleischwerbung zu verbieten oder mindestens einzuschränken?
Die starken Preisabschläge bei Aktionen sind oft reine "Frequenzbringer", wie dies auch vom Bundesamt für Landwirtschaft kürzlich in den Medien beanstandet wurde. Dies sei eine Entwicklung, die den Bemühungen des Bundes um eine nachhaltigere Ernährungspolitik nicht Rechnung trage.

Réponse

La Confédération soutient, sur la base de l'article 12 de la loi sur l'agriculture, la promotion des ventes de produits agricoles – dont la viande – uniquement s'il s'agit de produits suisses. Les mesures de communication soutenues doivent faire connaître les avantages de la viande produite en Suisse dans le respect de normes strictes en matière de bien-être des animaux. L'objectif est d'accroître la préférence des consommateurs pour les produits suisses et de réduire ainsi la part des produits importés, moins chers.

Pour ce qui est des mesures de communication non soutenues par la Confédération, telles que les actions promotionnelles des détaillants, il n'existe pas de base légale permettant d'introduire d'éventuelles restrictions.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7645 Badertscher

Weltbank: Verhandlungen zur Wiederauffüllung der IDA (International Development Association)

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine der Prioritäten der aktuellen Wiederauffüllung der IDA. Um der Klimakrise aktive entgegenzutreten, sollten alle Finanzierungsmodalitäten der IDA sämtliche fossile Brennstoffe ausschliessen und die Empfängerländer gleichzeitig dabei unterstützt werden, den Übergang zu erneuerbaren Energien gerecht zu gestalten. Welchen Standpunkt vertritt die Schweiz in den aktuellen Verhandlungen?

Réponse

Soutenir la transition des énergies fossiles vers les énergies renouvelables est une haute priorité de la Suisse dans le cadre de la 20^e reconstitution des ressources de l'Association internationale de développement (AID) en faveur des pays les plus pauvres. La Suisse exige que la Banque mondiale soutienne ses pays clients à formuler des stratégies climat ambitieuses et qu'elle augmente la part de ses investissements favorables au climat, y compris pour l'adaptation.

D'une manière générale, la Suisse applique des critères stricts pour l'évaluation d'investissements fossiles par les Banques multilatérales de développement. Elle rejette catégoriquement les investissements dans le charbon et toutes les activités fossiles en amont, comme l'extraction. Pour les exceptions liées aux centrales à gaz, le raffinage et la distribution, des critères stricts doivent être cumulativement remplis pour que la Suisse soutienne un projet. En effet, les centrales à gaz modernes restent une option à envisager si elles contribuent efficacement aux besoins et à la transition énergétiques des pays, à défaut d'autres possibilités. Cette approche est en ligne avec celles des pays européens les plus ambitieux, comme la France et le Royaume-Uni.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7651 Schneider-Schneiter

12. WTO-Ministerkonferenz / Vorschlag einer Aussetzung von Patentrechten auf Covid-Impfstoffe und Medizinprodukte

Ende November wird sich die Ministerkonferenz mit einer Aussetzung von Patentrechten auf Covid-Impfstoffe und Medizinprodukte befassen. Bislang lehnte die Schweiz die eingereichten Vorschläge ab.

Ist es richtig, dass der Bundesrat das geltenden TRIPS-Abkommen resp. den darin verankerten Patentschutz weiterhin aktiv verteidigt?

Welchen Plan verfolgt der Bundesrat zur Sicherung des Forschungsstandorts Schweiz für den Fall, dass die Beschlüsse nicht den Zielen der Schweiz entsprechen?

Réponse

Le Conseil fédéral estime que la suspension des droits de brevet sur les vaccins et traitements contre le Covid-19 n'encouragerait pas une augmentation rapide de la capacité de production mondiale. Au contraire, elle serait un obstacle à la lutte contre l'actuelle pandémie et contre toute future pandémie. Le Conseil fédéral adoptera dans les semaines à venir le projet de mandat de la délégation suisse à la douzième Conférence ministérielle ordinaire de l'OMC. Il consultera ensuite les Commissions de politique extérieure de l'Assemblée fédérale, ainsi que les cantons.

Une protection étendue et efficace de la propriété intellectuelle est un prérequis important pour une place économique suisse innovante et prospère. Cette protection constitue également une base essentielle pour les partenariats relatifs à la recherche, au développement, et à la production de vaccins et médicaments au niveau mondial, qui sont particulièrement importants en période de pandémie. C'est un élément-clé pour la place scientifique suisse. C'est pourquoi le Conseil fédéral attache une grande importance à la protection des brevets dans le cadre des relations commerciales internationales, ceci également dans le contexte de l'OMC.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7654 Nussbaumer

Appell der Metropolitankonferenz Basel betreffend dem MRA-Abkommen mit der EU

Die Metropolitankonferenz Basel appellierte am 14. September 2021 unter Miteinbezug der Kantone und der Sozialpartner an den Bundesrat, den Gemischten Ausschusses des MRA-Abkommens wegen Verletzung des Vertrages durch die EU einzuberufen und weitere Massnahmen (Klage wegen Verletzung WTO-Recht und/oder Klage vor dem EUGH) zu prüfen. Wie stellt sich der Bundesrat zu diesem konkreten Anliegen des Appells? Liegt bereits ein Prüfungsergebnis zu diesem Vorschlag vor?

Réponse

La qualification juridique de la communication de la Commission européenne du 26 mai 2021, dans laquelle elle annonce que les dispositifs médicaux relevant de l'ancien régime ne profitent pas non plus de l'ARM, n'est pas claire. Cette communication doit être considérée comme une information non contraignante de la Direction générale « SANTÉ » de la Commission européenne. Comme elle ne semble pas avoir de valeur juridique, elle ne peut donc que difficilement être attaquée devant un tribunal. De plus, aucune autorité nationale des Etats membres de l'UE n'a jusqu'ici pris des mesures concrètes à l'encontre de produits suisses sur la base de cette communication. Une intervention juridique à ce stade n'aurait que peu de chance d'aboutir. La Suisse a demandé en juillet dernier l'organisation d'un Comité mixte de l'ARM afin de poursuivre la discussion. Le Conseil fédéral continue de suivre l'évolution de la situation et garde toutes les options ouvertes.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7681 Molina

Weltbankgruppe: Private Sector Window (PSW) der IDA: Haltung der Schweiz

Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, sich in den Steuerungsorganen der Weltbankgruppe für die Förderung der öffentlichen Bildung und Gesundheit einzusetzen. Wie kommen die Schweizer Vertreter dieser Forderung im Kontext der aktuellen Verhandlungen zur Wiederauffüllung der IDA nach? Wie steht die Schweiz zum kontroversen «Private Sector Window» der IDA?

Réponse

Face à la crise du Covid, l'amélioration de l'accès et de la capacité des systèmes de santé et d'éducation publiques est au cœur des préoccupations de l'Association internationale de développement (AID). Forte du soutien des bailleurs de fonds, y compris la Suisse, l'AID renforcera son engagement dans ces domaines. La Suisse soutient une approche axée sur l'accès universel aux services de qualité et le renforcement d'investissements publics dans les secteurs de l'éducation et de la santé. Elle s'engage notamment à ce que la réponse sanitaire à la pandémie renforce les systèmes de santé de base.

Les besoins des pays les plus pauvres sont énormes et ne peuvent être comblés que lorsque les secteurs public et privé travaillent ensemble. Afin de réaliser les objectifs de développement durable, il est essentiel de créer des conditions cadres fiables et d'atténuer les risques pour catalyser les investissements privés. Le secteur privé peut aussi, sous la régulation de l'Etat, apporter une contribution à l'amélioration des services de base dans l'éducation et la santé. En ce sens, la Suisse soutient la Private Sector Window ou promotion du secteur privé et s'engage à ce que l'AID mette en œuvre avec soin ces projets afin de limiter les distorsions du marché et d'optimiser les effets positifs de développement.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7713 Clivaz Christophe

Le Conseil fédéral s'est-il assuré que son programme de relance pour le tourisme suisse n'ait pas d'effet dommageable sur la biodiversité ?

Le Conseil fédéral a adopté un programme de relance visant à promouvoir la reprise du tourisme suisse après la pandémie de Covid-19. Comme la bonne marche du tourisme en Suisse dépend d'une biodiversité et d'un paysage intègres, il faut s'assurer que les mesures prévues n'aient pas un effet dommageable sur ceux-ci.

Le Conseil fédéral s'est-il assuré que les investissements prévus n'ont pas d'effets néfastes ? Si oui, quels sont les résultats et où sont-ils publiés ? Si non, pourquoi ?

Réponse

Le programme de relance pour le tourisme suisse, adopté le 1^{er} septembre 2021 par le Conseil fédéral, vise à stimuler la demande touristique et à maintenir la capacité d'innovation du secteur. Il n'est pas axé sur la promotion des investissements dans les infrastructures touristiques et se concentre entre autres sur le développement durable. Avec les fonds supplémentaires à sa disposition, Suisse Tourisme consolidera notamment la stratégie de durabilité Swisstainable. En outre, Suisse Tourisme, Innotour et la nouvelle politique régionale seront amenés à intensifier les efforts en vue de prolonger le temps de séjour, de mieux répartir les visiteurs sur le territoire et de renforcer le tourisme quatre saisons. Le programme de relance fera l'objet d'une évaluation une fois achevé, avec une attention particulière sur la question de la durabilité. Le développement durable et plus particulièrement la qualité du paysage et la biodiversité compteront par ailleurs au nombre des priorités de la nouvelle stratégie touristique de la Confédération, qui sera adoptée par le Conseil fédéral d'ici à la fin de l'année.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7722 Friedl Claudia Position der Schweiz zur IDA Wiederauffüllung

Die Schuldenkrise spitzt sich in vielen der ärmsten Länder drastisch zu. Laut einer Studie von Oxfam werden IDA-Länder (74 ärmsten Länder der Welt) 2021 etwa 4 Milliarden Dollar an die Weltbankgruppe zurückzahlen müssen. Es gäbe verschiedene Möglichkeiten, den Ländern ihre Schulden zu erlassen, ohne dabei die Kreditwürdigkeit der Weltbank zu gefährden. Welche Position vertritt die Schweiz in den aktuellen Verhandlungen zur Wiederauffüllung der IDA?

Réponse

La Suisse est préoccupée par la dette publique élevée et croissante dans de nombreux pays en développement. Elle s'engage en faveur d'une restructuration rapide et durable de la dette dans le cadre des initiatives *Debt Service Suspension Initiative* et *Common Framework*, coordonnée par le G20 et le Club de Paris. Le partage équitable de la charge, y compris avec le secteur privé, doit être respecté.

Les créanciers multilatéraux, comme la Banque mondiale, doivent rester exclus de ces restructurations afin de ne pas compromettre leur statut de créancier privilégié qui leur permet d'être remboursés avant les autres créanciers privés et bilatéraux, leur notation financière de première qualité ainsi que leur capacité de financer des projets dans les pays en développement. Dans le contexte des négociations de l'Association internationale de développement (AID), la Suisse s'engage en faveur d'une meilleure gestion et transparence de la dette, afin de mettre en place des pratiques d'endettement plus saines et plus durables et d'éviter ainsi des crises de la dette récurrentes.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7728 Trede

Hat der Bundesrat das Vorgehen zur Stärkung der Kostenwahrheit bereits festgelegt?

Laut seiner Antwort auf den Bericht der GPK-S zum «Schutz der Biodiversität in der Schweiz» will der Bundesrat die Kostenwahrheit in der Landwirtschaft stärken. In der Antwort auf meine Interpellation 20.4223 schrieb er, dass er «das weitere Vorgehen zu gegebener Zeit festlegen» werde.

Angesichts seiner grossen Besorgnis über den Zustand und den kontinuierlichen, spürbaren Rückgang der Biodiversität: Hat der Bundesrat dieses Vorgehen festgelegt? Wenn nein, warum? Wenn ja, wann informiert er?

Réponse

Avec la Politique agricole à partir de 2022, le Conseil fédéral a proposé diverses mesures pour une promotion plus ciblée de la biodiversité. En raison de la suspension de la PA22+ par le Parlement, la plupart d'entre elles ne pourront pas être mises en œuvre comme prévu dès 2022. Toutefois, sur la base de l'initiative parlementaire 19.475 « Réduire le risque de l'utilisation de pesticides », le Conseil fédéral a mis en consultation, le 28 avril 2021, des mesures visant à mieux protéger l'environnement des risques liés aux pesticides et des pertes d'éléments fertilisants. Ces mesures, qui entreront en vigueur en 2023, sont également bénéfiques pour la biodiversité. En outre, le Conseil des Etats a chargé le Conseil fédéral, dans le cadre du postulat 20.3931, de présenter d'ici à 2022 un rapport sur l'orientation future de la politique agricole. Le Conseil fédéral prévoit d'adopter ce rapport mi-2022.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7729 Trede

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Digitalisierung bei der beruflichen Anwendung von Pestiziden Einzug hält?

Der Bundesrat schreibt auf meine Fragen 21.7495 und 21.7608, dass der Verkauf und die professionelle Anwendung von Pestiziden künftig in einem Informationssystem registriert werden.

Welche digitalen Lösungen sieht er vor, zur Unterstützung der beruflichen Anwender*innen bei der (mobilen) Datenerfassung?

Wird er dieses Informationssystem mit den Daten aus dem Pflanzenschutzmittelverzeichnis verbinden, damit auf dem Feld künftig für jede Anwendung die aktuellen Auflagen abgerufen werden können?

Réponse

Comme mentionné dans la réponse à la question 21.7608, les dispositions d'application de la loi fédérale sur la réduction des risques liés à l'utilisation de pesticides ont fait l'objet d'une consultation jusqu'au 18 août 2021. Elles précisent la manière dont les enregistrements seront effectués. Le système d'information est actuellement en cours de développement. Il est trop tôt pour pouvoir donner des informations précises sur les solutions numériques qui pourront être développées. Un lien avec l'Index des produits phytosanitaires est envisagé. Ce dernier permet déjà de consulter en ligne les prescriptions actuelles d'utilisation.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7762 Roduit

Mesures pour les vigneronns en attendant l'assurance récolte

Les vigneronns sont confrontés à une situation économique très difficile. Des aléas climatiques et des maladies fongiques impactent fortement la récolte 2021, alors que le marché était déjà tendu avec une pression sur les prix du raisin. Les mesures PA 2022+, notamment le soutien à l'assurance récolte, sont retardées de plusieurs années. Que fait le Conseil fédéral pour soutenir directement les vigneronns? Est-il favorable à un soutien supplémentaire en attendant l'introduction des mesures PA22+?

Réponse

La production végétale dans son ensemble a été impactée par le gel de printemps, la grêle, les pluies abondantes ou des conditions météorologiques favorables au développement des maladies fongiques. Les craintes exprimées en début d'année par les viticulteurs de ne pouvoir vendre la totalité des raisins de la vendange 2021 aux encaveurs en raison des stocks de vins ont disparu.

Lors de la session d'hiver 2020, le Conseil des Etats a décidé de suspendre les délibérations relatives à la PA22+ jusqu'à ce que le Conseil fédéral ait présenté un rapport en réponse au postulat de la CER-E "Orientation future de la politique agricole" (20.3931). Le Conseil fédéral soumettra le rapport d'ici à 2022. Comme la décision quant à la voie à suivre lors des délibérations sur le projet est entre les mains du Parlement, le Conseil fédéral estime qu'il n'est pas nécessaire d'agir. Un soutien supplémentaire de la viticulture ne s'impose pas et serait un traitement inéquitable par rapport à d'autres cultures également touchées par les conditions météorologiques particulières de cette année.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7769 Rytz Regula

Die biodiversitäts-, gesundheits- und klimaschädigende Absatzförderung abschaffen oder zumindest konsequent an nachhaltigen Strategien ausrichten!

Zur Motion 20.4245 schreibt der Bundesrat, dass er im Rahmen der Ernährungsstrategie 2025 die gesunde Ernährung, die Vermeidung von Food-Waste, die nachhaltige landwirtschaftliche Produktion und die Reduktion von THG entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungsketten vorantreiben will.

Wird er nun die biodiversitäts-, gesundheits- und klimaschädigende Absatzförderungen abschaffen oder die Absatzförderung zumindest konsequent an nachhaltigen Zielen ausrichten? Wenn ja, ab wann? Wenn nein, warum nicht?

Réponse

Le Conseil fédéral s'est déjà abondamment exprimé sur le sujet, par exemple en réponse à l'interpellation 15.3316 « Publicité pour la viande subventionnée par l'Etat en contradiction avec la protection des ressources », à la question 15.5058 « Remettre en question la promotion des ventes de viande suisse aux frais de la Confédération » et à la motion 19.3354 « Mettre fin, pour des motifs écologiques également, à la promotion des ventes de viande avec des deniers publics ».

La promotion des ventes soutient le secteur agricole à titre subsidiaire pour que les produits suisses puissent se démarquer des importations mais aussi afin que leur qualité et leurs avantages soient dûment communiqués aux consommateurs. L'agriculture suisse se distingue par un haut niveau de qualité et des normes de production strictes en matière de protection des animaux, d'écologie et de sécurité des denrées alimentaires, qui ont pour effet de majorer les coûts de production. La promotion des ventes permet aux consommateurs de mieux connaître ces avantages et de comprendre, par exemple, pourquoi la viande suisse est comparativement plus chère.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7773 Bendahan

Quelles mesures seront prises pour combattre les difficultés du secteur de la Restauration alors que le COVID a toujours un impact important?

Beaucoup d'entreprises, en particulier dans le secteur de la restauration, continuent à subir les effets de la crise du COVID, en devant appliquer des mesures ou en voyant son chiffre d'affaires réduit, alors que les programmes d'aides et de soutien arrivent à leur fin. Quelle est l'ampleur du problème et que va faire le Conseil fédéral pour soutenir ce secteur, lorsqu'il est avéré que les difficultés encourues sont directement liées à la crise du COVID ?

Réponse

Les effets liés à l'extension de l'obligation d'utilisation du certificat COVID ne sont pas comparables aux effets des fermetures et des interdictions d'événements. Au contraire, il est également possible que l'exigence du certificat renforce la demande, car certaines restrictions, telles que l'obligation de porter un masque dans les restaurants, ne s'appliqueront plus et les clients se sentiront plus en sécurité. Dans d'autres cas, la baisse de la demande des personnes non vaccinées ou guéries pourrait avoir un effet négatif. Au fil du temps, cependant, l'effet négatif potentiel diminuera, car la proportion de personnes vaccinées ou guéries augmentera. C'est pourquoi, dans le cadre de la stratégie de transition COVID pour la politique économique, le Conseil fédéral a décidé que les mesures de soutien extraordinaires devraient être progressivement supprimées.

Durant la phase de normalisation, le Conseil fédéral mise notamment sur les instruments éprouvés de l'assurance-chômage. Les restaurateurs, comme toute autre entreprise, peuvent demander une indemnité de chômage partiel si des places de travail devaient être menacées et si toutes les conditions d'octroi sont remplies.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7774 Bendahan

Quelles mesures seront prises pour combattre les difficultés du secteur de la Restauration à rembourser les prêts COVID?

Une grande quantité de restaurateurs se sont massivement endettés directement pour faire face à la crise du COVID, notamment avec les prêts COVID. Le secteur n'est pas encore revenu à la normale en termes de chiffre d'affaires, et va devoir commencer à rembourser ces dettes en 2022, ce qui fait une importante sortie de liquidités supplémentaire en période déjà difficile. Quelle est l'ampleur du problème et que va faire le Conseil fédéral pour soutenir ce secteur?

Réponse

La loi sur les cautionnements solidaires liés au COVID-19 prévoit que le cautionnement solidaire dure au maximum huit ans. En cas de conséquences très dures pour le preneur de crédit, le délai peut être prolongé à dix ans.

En date du 17 février 2021, le Conseil fédéral a salué la décision des banques de reporter le premier amortissement à la fin du premier trimestre de 2022 au plus tard.

Le plan d'amortissement établi entre la banque et le preneur de crédit tient compte des capacités financières de ce dernier et, selon la loi, ne doit pas prévoir une approche linéaire. En cas de non-remboursement, la banque n'engagera en règle générale pas de poursuite mais fera, à la place, appel à la caution. Par la suite, la créance sera transférée à l'organisation de cautionnement et le preneur de crédit sera contacté afin de trouver un accord tenant compte au mieux de ses possibilités pour rembourser le crédit. Il n'y aura pas de mesures de poursuite si le preneur de crédit collabore.

Compte tenu de ce qui précède, il est trop tôt pour se prononcer sur un problème de remboursement. Le Conseil fédéral suit attentivement les développements.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7776 Bendahan

Existe-t-il des secteurs dans lesquels un soutien à la relance serait nécessaire?

Parfois, la difficulté pour un secteur ou une série d'entreprises pour redémarrer après une crise dépend d'un programme de relance. Cela ne sera pas nécessaire dans tous les domaines, mais le Conseil fédéral a-t-il identifié les domaines qui pourraient bénéficier d'un programme de relance conjoncturel avec un rapport coûts/bénéfices positif pour la confédération ?

Réponse

Le 18 juin 2021, le Conseil fédéral a lancé sa stratégie de transition COVID-19 pour la politique économique. Elle accompagnera la reprise économique au moyen des instruments éprouvés de la promotion économique, de la politique en matière de formation et d'innovation ainsi que de la politique du marché du travail. Par ailleurs, la stratégie mise sur les instruments tout aussi éprouvés de l'assurance-chômage et de la politique en matière de formation continue. Elle renforce également les instruments relevant de la politique du tourisme et de l'innovation. Le Conseil fédéral a ainsi adopté un programme de relance pour le tourisme suisse et un autre pour l'innovation (« Force d'innovation Suisse »). Enfin, le parapluie de protection pour les manifestations publiques offre une assurance pour les organisateurs de grands événements.

Le Conseil fédéral tient ainsi compte du fait que certains secteurs du tourisme, comme le tourisme urbain, mais aussi l'industrie événementielle, ont été particulièrement touchés, et ce pendant presque toute la durée de la pandémie. Le Conseil fédéral s'attend également à ce que la reprise se poursuive aussi dans ces secteurs. La vaccination reste néanmoins le meilleur moyen de soutenir la reprise.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7781 Birrer-Heimo

Abgepackte Pflanzenerde: Wer ist zuständig für Qualität und Kontrollen?

Die Qualität portionierter, abgepackter Gartenerde, die an Privatpersonen verkauft wird, scheint niemand zu kontrollieren. BLW, BAFU, BLV, EPSD (Eidg. Pflanzenschutzdienst) und die kantonalen Labors streiten ihre Zuständigkeit ab. Die Qualität der Erde ist teilweise sehr fragwürdig.

Wo und wie wird die Qualität abgepackter Gartenerde gesetzlich definiert?

Wer kontrolliert die abgepackte Gartenerde?

Gibt es Sanktionen beim Verkauf von stark verunreinigter oder gesundheitsgefährdender Gartenerde?

Réponse

La législation suisse ne contient pas de prescriptions de qualité pour les terreaux en sac. Par conséquent, ceux-ci ne peuvent être ni contrôlés, ni sanctionnés.

Dans le cadre d'une révision totale de la législation sur les engrais, le Conseil fédéral évalue actuellement la nécessité d'intégrer les substrats dans la future réglementation sur les engrais. Une telle modification permettrait de définir des normes de qualité et des sanctions.

Les terreaux mis en circulation en tant que compost sont considérés comme des engrais de recyclage. Ils correspondent à un type d'engrais défini dans l'Ordonnance sur le Livre des engrais et doivent respecter les normes de qualité de l'Ordonnance sur la réduction des risques liés aux produits chimiques. La mise en œuvre incombe aux cantons.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7786 Piller Carrard Suppression du congé de naissance

Avant l'entrée en vigueur du congé paternité début 2021, le SECO a décidé sans préavis et sans consulter le parlement de supprimer le jour de congé auparavant accordé au père à la naissance de son enfant. Or selon l'avis de droit du Professeur Thomas Geiser mandaté par Travail.Suisse, le jour de congé doit s'ajouter aux 10 jours nouvellement accordés, car les deux congés n'ont pas les mêmes buts.

Le Conseil fédéral estime-t-il que le SECO a agi correctement ? Si non, qu'entend-il faire ?

Réponse

La question de savoir si le jour de la naissance doit être pris en compte dans le congé de paternité relève de l'interprétation des articles 329g et 329, al. 3 du Code des obligations et occupe la doctrine. L'article 329, al. 3 concerne les jours et heures de congé usuels sans les préciser. L'article 329g porte sur le nouveau congé paternité de deux semaines.

Cette question ainsi que l'avis de droit de Thomas Geiser concernent le droit du travail privé. Au final, seul un tribunal civil peut clarifier ce problème d'interprétation dans le cadre d'un différend individuel.

Jusqu'au règlement de cette question, le SECO a donc retiré le jour de naissance comme exemple de jour de congé usuel dans une liste de réponses aux questions publiée sur internet. Il ne s'agit là ni d'une prise de position ni d'une décision matérielle entérinée par le SECO.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7788 Piller Carrard Empêchement de prendre le congé paternité

Le droit des pères à deux semaines de congé à la naissance de leur enfant n'est pas respecté, selon Travail.Suisse, qui indique avoir connaissance d'au moins 70 cas en huit mois. Aucun père n'a osé déposer plainte, n'étant pas protégé contre le licenciement en cas de paternité.

Je prie donc le Conseil fédéral de répondre à la question :

Comment le Conseil fédéral compte procéder pour faire appliquer partout le droit au congé paternité ?

Réponse

Les nouvelles dispositions sur le congé de paternité sont entrées en vigueur le 1^{er} janvier 2021. Ces dispositions accordent au travailleur qui, au moment de la naissance d'un enfant, en est le père légal ou le devient dans les six mois qui suivent la naissance, un congé de paternité de deux semaines. Cette réglementation fait partie du droit privé sur le contrat de travail. Ainsi, le travailleur concerné doit lui-même faire valoir son droit devant un tribunal si ce droit lui est refusé par l'employeur. Le Conseil fédéral regrette que ce droit légal à deux semaines de congé de paternité ne soit manifestement pas mis en œuvre partout, mais il ne peut pas intervenir pour la raison mentionnée précédemment.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7801 Pasquier

Perturbateurs endocriniens : la Confédération attend-elle de voir ce que fait l'UE ou examine-t-elle de manière proactive les substances approuvées pour les pesticides?

Le Conseil fédéral répond à ma question 21.7607 que de nouveaux critères pour les effets endocriniens ont été adoptés par l'UE en 2019 et que toutes les substances actives seront réexaminées.

- Depuis lors, combien de substances actives ont été revues pour leurs effets endocriniens? Combien n'ont pas vu leur autorisation renouvelée? Combien doivent encore être examinées?

- La Suisse attend-elle de voir ce que fait l'UE ou examine-t-elle de manière proactive des substances actives approuvées?

Réponse

Depuis l'introduction des nouveaux critères pour les effets perturbateurs endocriniens, cinq substances actives ont été réévaluées dans l'UE. Leur admission a été renouvelée. Les autres substances seront réexaminées selon les nouveaux critères si une demande de renouvellement de l'admission est déposée par l'industrie. À noter que toutes ces substances ont déjà été examinées une première fois sur la base des anciens critères.

Les autorités suisses d'homologation ne disposent pas des ressources nécessaires pour procéder elles-mêmes au réexamen des substances actives. L'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) est chargée de ce travail dans l'UE. Elle collabore avec les experts des pays membres. Des experts suisses sont également invités à participer. La valeur des avis de l'EFSA est ainsi assurée par la participation d'un collègue d'experts.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7631 Estermann

Gefährliche Sorgfaltspflichtverletzung bei den Impfungen

Eine Impfsubstanz muss nach dem Hinweis von SWISSMEDIC streng intramuskulär gespritzt werden. Die einzige Überprüfung für diese Vorgabe ist dabei die Aspiration. Diese wird aber meistens nicht gemacht!

Die Patienten verlassen sich darauf, dass die Impfung sicher ist. Wenn die Aspiration nicht durchgeführt wird, handelt es sich dabei um eine Sorgfaltspflichtverletzung. Bei Komplikationen kann dann eine Anklage drohen.

Warum wird diese gefährliche Sorgfaltspflichtverletzung trotzdem gestattet?

Antwort

Gemäss Empfehlung der Eidgenössischen Kommission für Impffragen (EKIF) ist bei intramuskulären Impfungen keine Aspiration nötig. Dies ist ebenfalls so im schweizerischen Impfplan beschrieben. Auf die Aspiration soll verzichtet werden, da eine solche bei Blutungsneigung zu mehr lokalen unerwünschten Impferscheinungen führen würde.



Ora delle domande del 20 settembre 2021

Domanda 21.7636 Giacometti **Coronavirus: nuove disposizioni per l'entrata in Svizzera**

Il Consiglio federale ha posto in consultazione due progetti, uno dei quali sull'entrata in CH di persone non guarite o non vaccinate. Le due varianti proposte prevedono delle eccezioni: i frontalieri, i bambini sotto i 16 anni, i passeggeri in transito e i trasporti di merci attraverso la CH.

Per quali motivi il Consiglio federale non prevede eccezioni per i cittadini che risiedono nelle zone di confine in CH e che vogliono recarsi all'estero per un periodo limitato, per poi tornare in CH?

Risposta

I mesi estivi hanno mostrato che molte nuove infezioni sono insorte in persone che poco prima avevano soggiornato all'estero. Pertanto, in vista delle vacanze autunnali, il Consiglio federale ha deciso di adeguare le disposizioni di entrata in Svizzera.

Nel quadro della consultazione, diversi partecipanti si sono espressi a favore di una deroga per le persone in entrata dalle regioni di confine. Il Consiglio federale ha seguito questa posizione e ha adeguato il progetto dopo la consultazione. Pertanto, lo scambio transfrontaliero di persone che entrano in Svizzera da regioni limitrofe continua a essere possibile senza particolari restrizioni.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7638 Steinemann

Ausgesprochene Strafen beim Straftatbestand von Art. 190 StGB Vergewaltigung

Wie viele Täter, die zwischen 1984 und 2007 wegen Vergewaltigung verurteilt wurden, kamen mit einer bedingten, wie viele mit einer unbedingten Freiheitsstrafe davon?

Wie sieht das Verhältnis bedingte/unbedingte Freiheitsstrafe ab 2007 aus?

Wie viele Täter kamen mit einer teilbedingten Freiheitsstrafe davon? Wie viele Tage sassen diese im Gefängnis ab?

Wie viele mit einer bedingten Geldstrafe??

Antwort

Zwischen 1984 und 2007 wurde in 99% der Verurteilungen aufgrund einer Vergewaltigung eine Freiheitsstrafe ausgesprochen (2'113 Urteile). Davon wurde in 1'429 der Fälle (68%) diese unbedingt ausgesprochen. In 684 Fällen (32%) wurde die Freiheitsstrafe bedingt ausgesprochen. Im gleichen Zeitraum wurde neben den Freiheitsstrafen in einem Urteil eine Busse und in 30 Urteilen ausschliesslich eine Massnahme (in der Regel stationäre Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik) verhängt.

Zwischen 2007 und 2020 wurde in 98% der Verurteilungen aufgrund einer Vergewaltigung eine Freiheitsstrafe ausgesprochen. (1'503 Urteile). In 776 Fällen wurde die Freiheitsstrafe unbedingt (52%), in 334 Fällen teilbedingt (22%) und in 393 Fällen bedingt (26%) ausgesprochen.

Geldstrafen wurden in 16 Urteilen verhängt. 14 davon wurden bedingt ausgesprochen. Damit liegt der Anteil der bedingt ausgesprochenen Geldstrafen bei 0.9%. Neben den Freiheitsstrafen und Geldstrafen wurde in 11 Fällen ausschliesslich eine Massnahme verhängt.

Die Dauer der Haftzeit kann erst bei der Entlassung berechnet werden. Durchschnittlich betrug diese 341 Tage bei den 194 Personen, die bis 2019 nach Vollzug einer teilbedingten Freiheitsstrafe entlassen wurden.



Im Unterschied zu den ausgesprochenen Freiheitsstrafen der Strafurteilsstatistik, stehen die Zahlen zu den Austritten 2020, die aus der Statistik des Vollzugs von Sanktionen stammen, erst Ende 2021 zur Verfügung.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7639 Steinemann

Wie viele ausländische Langzeitbezüger hat die Schweiz?

Seit Oktober 2010 müssen die Gemeinden den Kantonen die Höhe der bezogenen Sozialhilfegelder von Ausländern mitteilen. Die Kantone leiten diese Daten dem SEM weiter.

Wie viele Haushalte beziehen seit 2010 Sozialhilfe?

Wie viele Haushalte beziehen seit mindestens acht Jahren Sozialhilfe?

Wie viele Haushalte haben seither mehr als 1 Mio. Franken bezogen?

Wie viele Haushalte zwischen 0,8 und 1 Mio. Franken?

Wie viele Haushalte zwischen 0,5 und 0,8 Mio. Franken?

Antwort

In der Sozialhilfeempfängerstatistik des Bundesamtes für Statistik erhielten Ende 2019 gesamthaft 154'000 Haushalten Leistungen der wirtschaftlichen Sozialhilfe.

Von den 154'000 Haushalte weisen 20'774 eine Bezugsdauer von mindestens 8 Jahren auf. Davon wiesen 8'853 eine Person mit ausländischer Nationalität als Antrag stellende Person aus. Zu der Gruppe von 20'774 Haushalten gehören auch 3'400 Haushalte, die seit 2010 eine Leistung erhalten haben (mit einer Bezugsdauer von 9 Jahren). Von diesen wiesen 1'490 eine Person mit ausländischer Nationalität als Antrag stellende Person aus.

Der Bundesrat verfügt über keine Angaben zu den Fragen 3 bis 5. Die Daten der Empfängerstatistik lassen aufgrund kantonaler und kommunaler Zuständigkeiten und damit einhergehenden Unterschieden in den Verbuchungspraktiken keine vergleichbaren und zuverlässigen Auswertungen zu.

Gemäss der Finanzstatistik der Sozialhilfe (aggregierte Finanzdaten der Kantone) betragen im Jahr 2019 für die wirtschaftliche Sozialhilfe die jährlichen Nettokosten pro beziehende Person CHF 10'373.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7642 Gutjahr Transparenz beim Impfstatus gefordert

Man spricht aktuell von «der Pandemie der Ungeimpften», woraus zu schliessen ist, dass der Impfstatus erhoben wird. Dies wird jedoch nicht transparent gemacht. Wann werden deshalb im Sinne der Transparenz die Statistiken dahingehend ergänzt, dass der Impfstatus sowohl bei den laborbestätigten Fällen, bei den Hospitalisationen als auch bei der Auslastung der Intensivstationen sofort ersichtlich ist?

Antwort

Auf dem Online-Dashboard www.covid19.admin.ch hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine interaktive Lagebeschreibung zu Covid-19 aufgeschaltet.

Daten zu laborbestätigten Covid19 Fällen sowie hospitalisierten Fällen und Todesfällen trotz vollständiger Covid-19-Impfung werden unter der Rubrik «Impfungen» aufgeführt. Das BAG veröffentlicht zudem auf wöchentlicher Basis den aktuellen Wochenbericht, welcher ein eigenes Kapitel zu den Fällen trotz vollständiger Impfung enthält.

Die Datenerhebung zur Auslastung der Intensivpflegebetten ist auf dem Dashboard unter «Spitalkapazitäten» zu finden. Aktuell ist der Impfstatus der Patientinnen und Patienten auf der Intensivpflegestation nicht auf dem Dashboard ausgewiesen. Eine Anpassung wird derzeit geprüft.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7643 Gutjahr

Kostenlose Selbsttest werden mit unterschiedlichen Beträgen abgerechnet - wieso?

Personen, die aktuell weder geimpft noch genesen sind, können innerhalb von 30 Tagen jeweils 5 Tests kostenlos beziehen. Der Bund übernimmt alle Kosten für die Selbsttests. Die Apotheke rechnet die Tests direkt über die Krankenkasse ab.

- Wie viel vergütet der Bund für diese 5 Tests im Total?
- Kann es sein, dass Krankenkassen unterschiedliche Beiträge dafür abrechnen können? Falls ja, weshalb?
- Hat sich die Vergütung seit der Bezugsmöglichkeit verändert?

Antwort

1. Für einen Selbsttest bei direkter Abgabe übernimmt der Bund aktuell höchstens 7.20 Franken pro Test. Bei Versand übernimmt er einen Höchstbetrag von 6.40 Franken pro Test.

Für ein Testkit bestehend aus 5 Tests ergibt sich dadurch aktuell ein Maximalbetrag von 36 Franken, der durch den Bund übernommen wird.

2. Ja, das kann sein, da es sich bei den vom Bund übernommenen Beträgen um Höchstbeträge handelt. Entsprechend dürfen den Krankenkassen auch nur die effektiven Kosten in Rechnung gestellt werden, die tiefer als die definierten Höchstbeträge sein können.

3. Die Höhe der vergüteten Beträge wurden zweimal angepasst: Am 1. Juli 2021 wurde der vom Bund übernommene Höchstbetrag von 12 auf 10 Franken gesenkt, da die Umverpackung und Vereinzeln der Tests nicht mehr nötig sowie der Beratungsbedarf gesunken war. Zudem wurde der Betrag für die Abgabe mittels Versand auf 9 Franken festgesetzt, da der Versand weniger Aufwand benötigt. Per 30. August 2021 gab es aufgrund neu gelisteter Tests und erweiterter Konkurrenz eine erneute Senkung der Höchstbeträge (7.20 Franken bei direkter Abgabe und 6.40 Franken bei Versand).

Der Zugang zu kostenlosen Selbsttests wurde ebenfalls angepasst: Seit dem 26. Juni 2021 wird der kostenlose Bezug von 5 Selbsttests pro Monat auf Personen beschränkt, die weder genesen noch geimpft sind. Ab dem 1. Oktober 2021 können Selbsttests nicht mehr kostenlos bezogen werden.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7648 Dobler

Wann können sich Bürgerinnen und Bürger der Schweiz mit nicht mRNA Impfstoffen impfen lassen?

Ein Teil der Bevölkerung ist nicht grundsätzlich gegen Impfungen, sondern steht der neuen Technologie der mRNA Impfstoffe skeptisch gegenüber. Heute kann man sich nur mit mRNA Impfstoffen impfen. Für eine möglichst hohe Impfquote muss das Angebot erweitert werden.

Wie ist der Verhandlungsstand bei Herstellern, der Zulassungsstand bei Swissmedic und die Lieferbarkeit von nicht mRNA Impfstoffen (z.B. J&J, Novovax)? Wann ist mit Impfungen von protein- oder vektorbasierten Impfstoffen zu rechnen?

Frage 21.7667 Zuberbühler

Höhere Impfquote mit klassischen Impfstoffen, die nicht auf der mRNA-Methode basieren?

Bis jetzt sind in der Schweiz zwei mRNA-Impfstoffe von Moderna und Pfizer/Biontech erhältlich. Da einige Menschen der mRNA-Impfung und somit den Impfstoffen von Moderna und Pfizer/Biontech nicht vertrauen, zögern sie vor der Impfung.

- a) Ist der Bundesrat der Ansicht, dass ein erweitertes Impfangebot mit klassischen Impfstoffen Menschen zum Impfen motivieren könnte?
- b) Wird der Bundesrat zusätzlich einen klassischen Impfstoff gegen Corona, der nicht auf der mRNA-Methode basiert, beschaffen?

Question 21.7696 Cottier

COVID-19 : des vaccins à vecteur viral pour ceux qui le souhaitent?

Dans des réponses récentes (21.3790, 21.7373) le Conseil fédéral a indiqué que puisque les vaccins à vecteur viral (traditionnels) sont jugés moins efficaces "ils ne sont donc actuellement prévus en Suisse que comme alternative pour les personnes qui ne peuvent pas ou ne veulent pas recevoir un vaccin à ARNm". Etant donné l'importance d'une vaccination large et la réticence de certains face à la technologie ARNm, l'accès à des vaccins à vecteur viral est-il possible ou le sera-t-il bientôt?



Question 21.7753 Addor
Homologuer d'urgence des vaccins à virus désactivé

Pour convaincre la part de la population qui, sans être hostile au principe de la vaccination, n'a pas confiance dans les vaccins qui utilisent la technique de l'ARN messenger, d'accepter de se faire vacciner, le Conseil fédéral est-il disposé prendre les dispositions nécessaires pour que des vaccins fondés sur le virus désactivé du Covid-19 soient homologués d'urgence ?

Antwort

Mit den mRNA-Impfstoffen von Pfizer BioNTech und Moderna stehen der Schweizer Bevölkerung zwei hochwirksame und sichere Impfstoffe zur Verfügung. Im Rahmen seiner diversifizierten Beschaffungsstrategie hat der Bundesrat auch Verträge oder Vorverträge mit Herstellern von vektor- und proteinbasierten Impfstoffen abgeschlossen:

Mit AstraZeneca (vektorbasiert) besteht ein Kaufvertrag. Dieser Impfstoff befindet sich in der Zulassungsphase bei Swissmedic.

Mit Novavax (proteinbasiert) besteht ein Vorvertrag. Der Gesuchseingang bei Swissmedic wird im dritten oder vierten Quartal 2021 erwartet.

Mit dem Hersteller von Johnson & Johnson (vektorbasiert) laufen Gespräche über einen möglichen Bezug von Impfdosen. Dieser Impfstoff ist in der Schweiz zugelassen.

Alle Impfstoffe müssen bei Swissmedic auch während der Pandemie ein strenges und geregeltes Zulassungsverfahren durchlaufen. Der Bund engagiert sich dafür, dass der Zugang zu vektor- und proteinbasierten Impfstoffen so rasch als möglich gewährleistet werden kann.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7649 Buillard

Covid-Tests für Angestellte in Restaurationsbetrieben

Nach der Ausweitung der Zertifikatspflicht müssen Gäste von Restaurations- und Kulturbetrieben geimpft, getestet oder genesen sein, nicht aber das Personal. Wer müsste ab 1. Oktober die Kosten für Test übernehmen, falls Betriebe von ihren Angestellten ein Zertifikat am Arbeitsplatz verlangen?

Antwort

Das Personal in Betrieben, zu denen der Zugang auf Personen mit Zertifikat beschränkt ist, muss entweder über ein Zertifikat verfügen oder eine Maske tragen. Arbeitgebende können ihr Personal zum Vorweisen eines Zertifikates verpflichten, wenn dies zum Schutz des andern Personals oder der Kundinnen und Kunden erforderlich ist. Eine solche Massnahme muss verhältnismässig sein, was jeweils bezogen auf das jeweilige Tätigkeitsfeld zu beurteilen ist. Wenn die Angestellten zur Vorlage eines Zertifikats verpflichtet werden, müssen Arbeitgebende die Kosten für die Tests von nicht geimpften und nicht genesenen Angestellten übernehmen oder vom Bund finanzierte repetitive betriebliche Testung gemäss kantonalem Konzept durchführen. Knüpfen Arbeitgebende erleichternde Massnahmen an das Vorliegen eines Zertifikats (etwa die Aufhebung der Maskentragpflicht) und bleibt die Erbringung der Arbeitsleistung mit Schutzmassnahmen auch den Arbeitnehmenden ohne Zertifikat möglich, besteht keine Pflicht zur Bereitstellung von Tests durch Arbeitgebende.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7650 Buillard Kurzzeitig zusätzliche Intensivbetten schaffen?

Nach dem drastischen Anstieg der Fallzahlen von Covid-19 droht den Spitälern erneut eine Überlastung, vor allem Betten für Intensivpflege sind knapp. Welche Möglichkeit sieht der Bundesrat, kurzfristige zusätzliche IPS-Betten zu schaffen? Welche Rollen könnten dabei die Regionalspitäler übernehmen?

Frage 21.7694 Gafner Abbau der Intensiv-Pflege Betten

Es ist immer wieder die Rede vom drohenden Kollaps des Gesundheitswesens und einer übermässigen Belastung des Personals von Intensivstationen, welche COVID-Patienten betreuen. Die Statistiken zeigen jedoch zweifelsohne einen Abbau der Spitalpflegeplätze im Verlauf der letzten beiden Jahre. Wie gedenkt der Bundesrat einen weiteren Bettenabbau zu verhindern?

Frage 21.7794 Röstli Massnahmen des Bundesrates, um Mangel an Intensivpflegeplätze schnellstmöglich zu erhöhen, um weitere Einschränkungen zu vermeiden

- 1 In der 'Normalisierungsphase sollte nur noch die Auslastung der Intensivstationen massgebend sein. Ergreift der BR Massnahmen, um die Kapazität der Intensivpflege zu erhöhen, anstatt erneut auf Einschränkungen zurückzugreifen?
2. Welche sind das konkret?
3. Hat der BR eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen (bspw. der Covid-19-Verordnung 3 Art. 25) evaluiert, um die Anforderungen an die Ausstattung und das Personal vorübergehend zu reduzieren, um die erhöhte Auslastung zu bewältigen?

Frage 21.7810 Aeschi Thomas Covid-19: Anzahl der verfügbaren IPS-Betten

Wie viele IPS-Betten sind aktuell tatsächlich verfügbar? Weshalb waren im März 2020 1'500, im November 2020 noch 1'100 und weshalb sind aktuell nur noch 850 IPS-Betten verfügbar? Könnte dieser IPS-Betten-Abbau damit zu tun haben, dass ein



IPS-Bett ein Vielfaches eines regulären Betts kostet, und dass die Spitäler und Kantone entsprechend aus finanziellen Gründen die IPS-Bettenzahl reduzierten?

Antwort

Das Gesundheitswesen und damit die Bereitstellung von Spitalkapazitäten liegt in der Kompetenz der Kantone. Der Bundesrat hat die Kantone mehrfach aufgefordert, sich auf einen möglichen Anstieg der Hospitalisationen im Herbst 2021 vorzubereiten und allenfalls zusätzliche Intensivkapazitäten als Reserve zu schaffen.

Kurzfristig können zusätzliche Intensivpflegeplätze durch die Verschiebung von nicht dringlichen Eingriffen geschaffen werden. In diesem Fall wird das Spitalpersonal von anderen Stationen auf der Intensivstation eingesetzt. Dieser Schritt bedeutet eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung für die allgemeine Bevölkerung. Ferner ist zu betonen, dass diese Massnahme in der besonderen Lage lediglich die Kantone aufgrund ihrer Gesundheitsgesetze anordnen können.

Aktuell werden 851 Intensivbetten betrieben, 873 Intensivbetten sind durch die Schweizerische Gesellschaft für Intensivmedizin (SGI) zertifiziert. Zu Beginn der Pandemie waren 863 Intensivbetten durch die SGI zertifiziert.

Die Regionalspitäler und deren Kapazitäten sind in den kantonalen Planungen integriert.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7652 Pointet

Certificat sur le lieu de travail, la protection des données personnelles en danger?

Dans l'article 25 de l'ordonnance COVID, l'utilisation du passeport COVID par l'employeur est réglé.

Dans le cadre de l'utilisation du passeport, est-ce que l'employeur peut demander à ses employés de respecter des mesures différenciées, par exemple le port du masque seulement en l'absence de passeport COVID voir en l'absence de vaccination ?

Etant remarqué que des mesures différenciées peuvent donner des informations sur le statut vaccinal d'une personne, ce qui n'est pas souhaitable !

Réponse

Dans les entreprises où l'accès est limité aux collaborateurs munis d'un certificat, le personnel doit soit présenter un certificat soit porter un masque.

L'employeur peut obliger le personnel à présenter un certificat si cela s'avère nécessaire pour protéger les autres employés ou les clients. Cette mesure doit toutefois être proportionnée et chaque fois évaluée en se référant au domaine d'activité concerné. Si les employés sont tenus de présenter un certificat, l'employeur doit prendre en charge les coûts pour les tests du personnel non vacciné et non guéri ou mettre en œuvre les tests répétés en entreprise financés par la Confédération, conformément au plan cantonal.

Si l'employeur accompagne la présentation d'un certificat d'un assouplissement des mesures (p. ex. la levée de l'obligation du port du masque) et qu'il reste possible, pour les collaborateurs sans certificat, d'accomplir leurs tâches avec des mesures de protection, l'employeur n'est pas tenu de mettre en place des tests.

L'employeur ne peut pas utiliser le résultat de la vérification du certificat à d'autres fins. En outre, cela ne doit conduire à aucune discrimination entre les personnes vaccinées, les personnes guéries et les personnes testées et le personnel non vacciné : une différenciation des mesures qui repose sur des bases non objectives est interdite.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7656 Grüter

Warum gibt es kein Zertifikat für nachgewiesene Antikörper? Damit wird nur die Immunitätsrate künstlich und willkürlich tief gehalten

Wer mehr oder weniger symptomlos eine Covid-Erkrankung hatte und heute per Test Anti-Körper nachweisen kann, erhält kein Zertifikat. Obwohl sein Immunität-Status sich von einem nachweislich Genesenen nicht unterscheidet. Das ist willkürlich und verschleiert, dass die Herdenimmunität weit höher ist als offiziell mit Geimpften und Genesenen ausgewiesen. Warum werden positive Antikörpertests nicht für das Zertifikat zugelassen?

Wird der Bundesrat diese Möglichkeit zulassen?

Antwort

Mit Antikörpertests (IgG-Tests) kann angezeigt werden, dass eine Person bereits mit dem Coronavirus in Kontakt war. Dagegen kann nicht nachgewiesen werden, zu welchem Zeitpunkt eine Infektion stattgefunden hat. Zudem gibt ein positives Resultat nur begrenzte Informationen über Grad und Dauer des Schutzes vor möglichen Reinfektionen. Daher wird für die Ausstellung eines Impfzertifikates nach einem positiven Antikörpertest zusätzlich eine Impfdosis verlangt. Die in der Covid-19-Verordnung Zertifikate festgelegten Anforderungen für die Ausstellung von Bescheinigungen stehen im Einklang mit den Anforderungen der Europäischen Union.

Serologische Tests sind nützlich für Populationsstudien. Vom Bund mit-geförderte Studien wie Corona Immunitas, deren Ergebnisse regelmässig veröffentlicht werden, erheben in spezifischen Kohorten neben den durch die Impfung hervorgerufenen Antikörpern auch die ausschliesslich durch die Infektion hervorgerufene Antikörper in der Bevölkerung.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7657 Geissbühler

Wie viele Ausländer, welche an Covid-19 erkrankt sind, belegen in der Schweiz aktuell die Intensivstationen?

Wie viele Ausländer, welche an Covid-19 erkrankt sind, belegen in der Schweiz aktuell die Intensivstationen?

Frage 21.7807 Aeschi Thomas

Covid-19: Siebzig bis achtzig Prozent der IPS-Patienten haben Migrationshintergrund

Gemäss Antwort auf die Frage 20.5938 vom 02.12.2020 verfügt der Bundesrat über keine Angaben über die Nationalität der am Coronavirus erkrankten und hospitalisierten Personen. Am 1. Sept. 2021 sagte die Zürcher Gesundheitsdirektorin in einem Interview im Tagesanzeiger: «Aktuell haben zwischen siebzig und achtzig Prozent der IPS-Patienten einen Migrationshintergrund.» Da die Kantone offensichtlich die Nationalitäten der IPS-Patienten kennen, weshalb liegen dem Bund diese Informationen nicht vor?

Frage 21.7808 Aeschi Thomas

Covid-19: Auslastung der IPS-Betten durch Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund sowie Covid-Fälle im Asylwesen

Am 1. Sept. 2021 sagte die Zürcher Gesundheitsdirektorin in einem Interview im Tagesanzeiger: «Aktuell haben zwischen siebzig und achtzig Prozent der IPS-Patienten einen Migrationshintergrund.» Was ist die aktuelle Auslastung der Schweizer IPS-Betten durch Ausländer und durch Personen mit Migrationshintergrund? Wie viele Covid-Fälle wurden seit Beginn der Pandemie im Asylwesen des Bundes verzeichnet?

Antwort

Der Bund verfügt über keine Daten zur Nationalität der Personen auf den Intensivstationen in den Schweizer Spitälern. Darüber, welche Informationen einzelnen Gesundheitsdirektorinnen oder Gesundheitsdirektoren vorliegen, kann der Bundesrat keine Auskunft geben.



Seit Beginn der Pandemie kam es auch in den Bundesasylzentren (BAZ) vereinzelt zu Covid-Erkrankungen von Asylsuchenden. Um die Ansteckungen möglichst zu minimieren, werden vom Staatssekretariat für Migration SEM umfassende Schutzmassnahmen umgesetzt. Letzte Woche (Stand 16.09.2021) verzeichnete das SEM in den BAZ rund 30 Personen, die an Covid erkrankt sind. Seit Ende August 2020 führt das SEM ein detailliertes Monitoring der positiv getesteten Asylsuchenden in den BAZ. Seitdem wurden rund 630 Covid-Infizierte verzeichnet.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7659 Reimann Lukas Pflege-Quote in der Schweiz wirft Fragen auf

Stimmt es, dass die Schweiz eine der höchsten Pro-Kopf-Quote an Pflegekräften hat, aber der Bundesrat einen angeblichen Mangel an Pflegepersonal in der Covid-19 Pandemie feststellt?

Antwort

Gemäss den neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) für das Jahr 2019 liegt die Schweiz bei der pro Kopf-Quote an Pflegekräften unter 25 europäischen Ländern auf Platz sechs, hinter Norwegen, Island, Frankreich, Dänemark und Grossbritannien.

Der Mangel an Pflegefachpersonen ist seit langem bekannt. Der Bundesrat hat deshalb in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen und die Fachkräftesituation im Gesundheitswesen zu verbessern. Der Bundesrat unterstützt deshalb die im indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative (pa. Iv. 19.401) vorgesehene Ausbildungsoffensive.

Zusätzlich zum allgemeinen Mangel an Pflegefachkräften wird in der Covid-19-Pandemie aufgrund der aufwendigen Pflege und der hohen Belegungszahlen weiteres Personal benötigt. Das aktuell zur Pflege von Covid-19 Patientinnen und Patienten zusätzlich benötigte Personal lässt sich auch nicht schnell rekrutieren, da es dazu eine hochspezialisierte Ausbildung braucht.

Zudem ist das Pflegepersonal seit nun mehr als eineinhalb Jahren einer immensen zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Gesundheitliche Probleme wie Erschöpfungszustände und auch vermehrte Berufsausstiege sind ein Faktor, dass das Gesundheitssystem eine seine Grenzen gelangt.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7663 Brenzikofer Kosten für Antigen-Schnelltests

Die Schnelltest-Kosten werden noch bis am 1.10.21 übernommen. Für viele Menschen bedeutet dies ein faktisches Impfobligatorium oder der Ausschluss aus Teilen des öffentlichen Lebens.

1. Erwägt der Bundesrat, den Entscheid zur Kostenpflicht der Antigen-Schnelltests, nach Einführung der Zertifikatspflicht anzupassen?
2. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass Universitäten und FH mit Zertifikatspflicht für Nicht-Geimpfte kostenlose Testmöglichkeiten anbieten sollten?

Frage 21.7666 Zuberbühler Onlinepetition: Über 220'000 Menschen fordern weiterhin kostenlose Coronatests, weil sie einen Ausschluss aus dem öffentlichen Leben fürchten

Am 13. September wurde die Zertifikatspflicht in der Schweiz ausgeweitet. Hinzu kommt, dass ab dem 1. Oktober keine kostenlosen Coronatests für das Zertifikat mehr ausgestellt werden. Während der Bundesrat mit diesem Entscheid eine Spaltung der Gesellschaft in Kauf nimmt, bleibt die Impfung weiterhin gratis. Ist der Bundesrat bereit, das Anliegen der Petitionäre aufzunehmen und ab dem 1. Oktober 2021 weiterhin kostenlose Coronatests anzubieten, um eine Spaltung der Gesellschaft abzuwenden?

Frage 21.7699 Studer Testkosten Studierende und Auszubildende

Ab 1. Oktober übernehmen Nicht-Geimpfte ihre Testkosten. Ein Antigen-Schnelltest kostet heute rund 54 CHF. Je nach Berufsschule, Fachhochschule oder Universität besteht schon eine Zertifikationspflicht, ansonsten wird Fernunterricht vorausgesetzt. Trotz den vielen Vorteilen von Fernunterricht, ist die physische Präsenz zum Teil unerlässlich. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu treffen um die hohe finanzielle Belastung der nicht-geimpften Studierenden zu senken?

Frage 21.7735 Humbel Kostenfreie Tests für das Covid-Zertifikat

Als der Bundesrat die Kostenpflicht fürs Testen per 1. Oktober verfügt hat, galt das Covid-Zertifikat in beschränktem Rahmen. Inzwischen wurde die Zertifikatspflicht auf viele Bereiche ausgedehnt, was für Ungeimpfte, vor allem für Jugendliche, zu Finanzierungsschwierigkeiten führen kann.



Ist der Bundesrat bereit auf seinen Entscheid zurückzukommen und allen Testwilligen, namentlich Jugendlichen bis 25 Jahren, via Krankenversicherer bspw. weiterhin 5 Tests pro Monat zu bezahlen?

Frage 21.7751 Gugger

Gratis Covid19 Tests sind für die Bürger*innen zu verlängern

Covid19 Tests sind ab dem 1.10.2021 durch die Bürgerinnen selbst zu zahlen! Für noch Ungeimpfte entstehen ab dem 1.10.2021 grosse Test-Kosten für berufliche Anlässe wie Kurse an Hochschulen, Kundenevents, Vereinsaktivitäten >30 Personen, Familienfeiern und auswärtige Verpflegung.

Ist der Bundesrat bereit die Tests übergangsweise bis mindestens Ende Oktober zu finanzieren? Gedenkt der Bund eine bestimmte Anzahl gratis Tests für Ungeimpfte abzugeben?

Frage 21.7778 Glättli

Covid-19-Tests: Gratis Tests für Asymptomatische sind sinnvoll aus Public Health Perspektive (1)

Tests schützen nicht die Getesteten, sondern die Allgemeinheit. Nur genügend Tests ermöglichen die Entwicklung der Pandemie zeitnah zu kennen. Mit der ausgeweiteten GGG-Zertifikatspflicht stellt sich schliesslich die Frage, ob kostenpflichtige Tests nicht einen epidemiologisch nicht gerechtfertigten sozialen Graben auf tun zwischen Personen, die sich Tests leisten/nicht leisten können. Ist der BR bereit, seinen Entscheid zu korrigieren und asymptomatische Tests weiterhin gratis zu ermöglichen?

Frage 21.7779 Glättli

Covid-19-Tests: Gratis Tests für Asymptomatische sind sinnvoll aus Public Health Perspektive (2)

Tests schützen nicht die Getesteten, sondern die Allgemeinheit. Da auch geimpfte Personen das Coronavirus übertragen können, kommt freiwilligen und präventiv durchgeführten Tests weiterhin eine hohe Bedeutung zu, z.B. vor dem Besuch grösserer Veranstaltung, von besonders Verletzlichen (deren Impfschutz wegen früher Impfung schwächer ist) oder von (Familien-)Feiern. Ist der Bundesrat bereit, zumindest eine bestimmte Anzahl Tests pro Monat auch für asymptomatische Geimpfte gratis zu machen?



Antwort

Alle Personen, die sich impfen lassen wollen, hatten inzwischen die Möglichkeit. Der Bundesrat hat am 11. August 2021 kommuniziert, dass die Tests auf Wunsch nur noch bis 30. September 2021 bezahlt werden sollen. Diese gut 7-wöchige Übergangsfrist war ausreichend lang, um sich in der Zwischenzeit impfen zu lassen.

Personen, welche sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können und über ein ärztliches Attest verfügen, sowie Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren können sich weiterhin kostenlos testen lassen.

Der Bundesrat erachtet es daher nicht mehr als die Aufgabe der Allgemeinheit, die individuellen Testkosten für Personen zu übernehmen, die nicht geimpft oder nicht genesen sind. Die Möglichkeit zur kostenlosen Impfung besteht weiterhin. Sie ist mittlerweile für Kinder ab 12 Jahren zugelassen und von der EKIF empfohlen. Sie stellt das wirksamste Mittel dar, um sich gegen eine Covid-19-Infektion zu schützen und leistet einen elementaren Beitrag, die Überlastung der Spitalstrukturen zu verhindern.

Zudem werden repetitive Tests in Ausbildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie Unternehmen vom Bund weiterhin empfohlen und finanziert. Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen haben in diesem Rahmen die Möglichkeit, für ihre Studierenden und Mitarbeitenden eine Teststrategie zu erstellen und die repetitive Testung gemäss kantonalem Konzept anzubieten. Für die Bildungseinrichtung fallen keine Testkosten an. Auch beim repetitiven Testen kann grundsätzlich ein Zertifikat ausgestellt werden, sofern dies im jeweiligen Kanton so vorgesehen ist. Die Kosten für die Zertifikatsausstellung sind jedoch im vom Bund übernommenen Tarif nicht eingeschlossen.



Ora delle domande del 20 settembre 2021

Domanda 21.7664 Marchesi

Obbligo certificato Covid: il Consiglio federale è certo di poterlo imporre alla popolazione?

Il Consiglio federale ha deciso l'obbligo del certificato Covid per l'accesso a bar, ristoranti e altre attività economiche. Da più parti è stata sollevata la questione della liceità della misura, in quanto - seppur la legge sia stata approvata dal Parlamento e la stessa sia in attesa della decisione popolare - mancherebbero le basi legali per un'imposizione così estesa.

Il Consiglio federale può assicurare che la decisione presa sia giuridicamente inattaccabile in caso di impugnazione?

Risposta

L'adeguamento dell'ordinanza COVID-19 situazione particolare (estensione dell'impiego del certificato COVID-19), come pure l'intera ordinanza, si basano sull'articolo 6 della legge sulle epidemie, secondo cui il Consiglio federale può, in una situazione particolare, ordinare provvedimenti anche nei confronti della popolazione. Tra questi rientrano anche limitazioni d'accesso a strutture e manifestazioni.

Al riguardo bisogna sottolineare che i provvedimenti relativi all'estensione dell'impiego del certificato COVID sono meno severi rispetto a quelli precedenti, che prevedevano anche chiusure complete in diversi settori.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7668 Zuberbühler

Corona-Studie: Genesene sind besser vor Virus geschützt als Geimpfte

Eine neue Studie von zwei Wissenschaftlerinnen aus Israel hat Überraschendes aufgedeckt: Die Ergebnisse zeigen, dass von dem Coronavirus Genesene besser vor dem Virus geschützt sind, als Geimpfte. Dennoch unterscheidet sich die Gültigkeitsdauer des Covid-Zertifikats in der Schweiz: Für Geimpfte ist es 365 Tage, für Genesene nur 180 Tage gültig.

Aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse kann der Bundesrat die Gültigkeitsdauer anpassen. Wann hebt der Bundesrat die Ungleichbehandlung auf?

Frage 21.7674 Roth Franziska

Wieso müssen sich Genesene impfen lassen, um ein Covid-Zertifikat zu erhalten?

Internationale Studien und eine aktuelle Studie der Universitätsklinik Innsbruck zeigen, dass Coronavirus-Genesene eine Langzeitimmunität aufweisen. Auch seien abermalige Infektionen, Mutationen und Übertragungen kein Grund zur Sorge. Berücksichtigt der Bundesrat die Entwicklung des Immunitätsstatus Genesener bei der Beurteilung der Verhältnismässigkeit der getroffenen Massnahmen?

Wieso müssen sich Genesene impfen lassen, um ein (nationales) Covid-Zertifikat zu erhalten?

Frage 21.7767 Dettling

Ungleichbehandlung bei Geimpften und Genesenen

Wer geimpft ist erhält ein Covid-Zertifikat für 12 Monate, wer genesen ist für 6 Monate. Auf welche wissenschaftlichen Erkenntnisse stützt der Bundesrat diesen Entscheid?

Wer eine hohe Konzentration an Antikörper im Blut hat erhält kein Covid-Zertifikat. Auf welche wissenschaftlichen Erkenntnisse stützt der Bundesrat diesen Entscheid? Ist der Bundesrat bereit diese Ungleichbehandlungen zu korrigieren?

Antwort

Studien zeigen, dass eine durchgemachte Infektion Personen in der Regel für mindestens 6 Monate vor einer Reinfektion mit den 2020er-Varianten oder der Alpha-



Variante des Coronavirus schützt. Wie lange eine Infektion vor einer Reinfektion mit neuen Varianten wie Delta schützt, ist nicht bekannt. Es sind diesbezüglich noch keine gesicherten Daten verfügbar.

Studien lassen darauf schliessen, dass Genesene durch die zusätzliche Impfung besser vor einer Infektion mit neuen Varianten geschützt werden. Allen Personen mit bestätigter SARS-CoV-2 Infektion wird daher die Covid-19-Impfung vier Wochen nach Infektion mit einer einzigen Impfdosis empfohlen.

Das Health Security Committee (HSC) der EU wurde regelmässig angefragt bezüglich einer möglichen Verlängerung der Anerkennung von Zertifikaten von Genesenen. Das European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) zeigte auf, dass ca. 95% der Menschen das Immungedächtnis für ca. 6 Monate nach der Infektion behalten. Für Studien zu diesem Sachverhalt gebe es jedoch viele Einschränkungen.

Die in der Frage Zuberbühler genannte Studie wurden noch nicht durch unabhängige Gutachter überprüft. Sie liefert nicht die notwendigen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verlängerung der Gültigkeit eines Genesenenzertifikats. Die Dauer der Gültigkeit für ein Genesenenzertifikat wird durch die EU-Verordnung über das digitale Zertifikat auf 180 Tage festgelegt. Diese Gültigkeitsdauer kann nicht einseitig durch die Schweiz verlängert werden. Ansonsten würde die Anerkennung des Schweizer Zertifikats durch die EU gefährdet.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7669 Estermann Knebelverträge mit der Pharma-Industrie? I

In Sachen "Corona- Impfstoff" kam in Deutschland der Inhalt des geleakten Vertrages an die Öffentlichkeit, den die Pharma- Firma PFIZER/ BIONTECH mit der Bundesregierung abgeschlossen hat.

1. Hat der Bundesrat einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen?
2. Ist dieser Vertrag öffentlich?
3. Wenn nein, warum nicht?

Antwort

Verhandlungen und Verträge im Rahmen der vom Bund verfolgten Impfstrategie und alle Dokumente deren Inhalt betreffend sind nicht zugänglich, solange die Verhandlungen zur Impfstoffbeschaffung noch andauern. Die Beschaffung der Impfstoffe läuft nach wie vor. Es existieren diesbezüglich vier Empfehlungen des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten vom 29. Oktober 2020, 12. November 2020, 26. Mai 2021 sowie 28. Mai 2021 aus denen hervorgeht, dass momentan kein Zugangsrecht besteht.

Die Empfehlungen des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten bestätigen gestützt auf Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe f des Öffentlichkeitsgesetzes die vorläufige Nichtoffenlegung der vollumfänglichen Verträge.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7670 Estermann Knebelverträge mit der Pharma-Industrie? II

Im Vertrag steht: "Der Käufer - also die Bundesregierung - verzichtet hiermit auf alle Rechte und Rechtsmittel, die ihm nach dem Gesetz, nach dem Billigkeitsrecht oder anderweitig zustehen...". Weiter steht dort, dass "die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit noch nicht bekannt sind und dass er auch unerwünschte Wirkungen haben kann".

Die staatlich finanzierte Impfkampagne lässt glauben, dass die Covid-Impfung harmlos ist. Was sagt der Bundesrat dazu?

Antwort

Der Bundesrat äussert sich nicht zum Inhalt der Verträge anderer Staaten mit Impfstoffherstellern.

In der Schweiz durchlaufen auch während der Pandemie sämtliche Impfstoffe ein strenges und geregeltes Zulassungsverfahren, in welchem Daten zur Qualität, Wirksamkeit und Sicherheit aus den klinischen Studien, inklusiv Langzeitstudien, genau analysiert werden. Dieses Verfahren wurde auch bei den in der Schweiz derzeit verimpften mRNA-Impfstoffen von Moderna und Pfizer/BioNTech angewendet und garantiert, dass nur sichere, hoch wirksame und qualitativ einwandfreie Impfstoffe zugelassen werden.

Um die Sicherheit der COVID-19-Impfstoffe kontinuierlich zu überwachen, sind zudem Meldungen von vermuteten Nebenwirkungen durch medizinische Fachpersonen an Swissmedic von zentraler Bedeutung. Beobachtete unerwünschte Impferscheinungen (UIE) oder Verdachtsfälle von UIE der COVID-19-Impfstoffe können durch pharmazeutische Firmen und medizinische Fachpersonen zeitnah bei Swissmedic gemeldet werden. Für diese Meldungen steht das Onlinetool «Elektronisches Vigilance-Meldesystem» zur Verfügung. Dieses Onlinetool garantiert die sichere Übertragung der sensiblen medizinischen Daten und ermöglicht die zeitnahe Bewertung durch Swissmedic und die regionalen Pharmacovigilance-Zentren. Dies trägt zu einer Verbesserung der Arzneimittelsicherheit für die Patienten in der Schweiz bei.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7671 Estermann Knebelverträge mit der Pharma-Industrie? III

Und weiters steht im Vertrag: "Der Käufer - also die Bundesregierung - erklärt sich bereit, PFIZER/ BIONTECH und deren Unternehmen von und gegen Klagen, Ansprüche, Aktionen, Forderungen, Verluste, Schäden, Verbindlichkeiten, Abfindungen, Strafen, Bussgelder, Kosten und Ausgaben freizustellen, zu verteidigen und schadlos zu halten!"

1. Was sagt der Bundesrat zu diesen Aussagen?
2. Hat auch der Bundesrat Verträge mit ähnlichen Bedingungen abgeschlossen?

Antwort

1. Es sind hier zwei Themenbereiche zu unterscheiden:

Einerseits die Schadloshaltung des Herstellers durch vertragliche Vereinbarung mit dem Bund und andererseits allfällige staatliche Entschädigung für Schäden aus Impffolgen.

Haftpflicht des Herstellers: Auch bei Covid-19-Impfstoffen kommen die üblichen Haftungsregeln zur Anwendung. Grundsätzlich haftet der Hersteller für Produktmängel gemäss Produkthaftungsgesetz. Verträge, die der Bund mit Impfstoffherstellern abschliesst, beseitigen weder die Haftpflicht des Herstellers noch begründen sie eine neue Haftpflicht des Bundes. Der Bund kann den Herstellern lediglich zusagen, allfällige finanzielle Schäden, die dem Hersteller aus dessen Haftpflicht entstehen, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auszugleichen (sog. Schadensdeckung des Bundes). Der Rahmen für solche Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Impfstoffherstellern ist im Epidemienengesetz (Art. 70 EpG) gesetzlich festgelegt. Diese gesetzliche Regelung bezweckt, ein erhöhtes Herstellerrisiko auszugleichen, welches mit einem Impfstoff gegen einen neuen Erreger im Pandemiefall einhergehen kann ("Risikoausgleich").

Allfällige staatliche Entschädigung für Schäden aus Impffolgen: Eine Entschädigung durch den Bund *an geschädigte Personen* für Impfschäden kommt nur bei Impfungen in Betracht, wenn diese behördlich empfohlen oder angeordnet waren (Art. 64 EpG). Aber sie wird durch den Bund nur gewährt, wenn der Schaden nicht anderweitig gedeckt wird («subsidiäre Haftung»). Eine geschädigte Person hat somit nur dann Anspruch auf eine Entschädigung, wenn der Schaden nicht bereits zum Beispiel durch den Impfstoffhersteller (erwähnte Produkthaftung), die impfende Person



(«Arzthaftung») oder eine Versicherung (Sozial- oder Privatversicherung) gedeckt wurde. Die Entschädigung durch den Bund will damit die Folgen für Betroffene mildern, wenn Dritte (bspw. Hersteller, impfende Person) nicht haften. Dieser Anspruch auf Entschädigung durch den Bund wird grundsätzlich in jedem Einzelfall geprüft.

2. Wie in der Antwort zur Frage 21.7669 Estermann erklärt, äussert sich der Bundesrat nicht zum Inhalt der Verträge anderer Staaten mit Impfstoffherstellern.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7672 Roth Franziska

Kostenübernahme von Liposuktion durch die Krankenkasse

Der Entscheid über die Kostenübernahme einer Liposuktion liegt jeweils beim Krankenversicherer. Aus Schilderungen von Betroffenen wissen wir jedoch, dass Vertrauensärzt:innen der Versicherer meistens von einer Kostenübernahme eines chirurgischen Eingriffes der genetisch bedingten Krankheit abraten. Die Folgen davon sind bekannt: Schmerzen, finanzieller Ruin, Arbeitslosigkeit usw. Hat der Bundesrat Kenntnis dieser Problematik und wenn ja, was gedenkt er dagegen zu unternehmen?

Antwort

Die Liposuktion gilt neben anderen Therapiemöglichkeiten als Bestandteil einer leitlinienkonformen Therapie des Lipödems und wird seit Jahren angewandt und im Rahmen des Vertrauensprinzips von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) vergütet. Dem Bundesrat sind Schwierigkeiten in der Vergütung bekannt. So wurde denn auf Beschluss des Eidgenössischen Departementes des Innern auf den 1. Juli 2021 eine Regelung der Leistungspflicht der Liposuktion in Anhang 1 der Krankenpflege-Leistungsverordnung aufgenommen, welche zu einer Klärung und einheitlichen Vergütung durch die Krankenversicherer beitragen soll.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7675 Tuena

Unredliche Bevorteilung von Grenzgängern bei der Zertifikatspflicht

Wieso will der Bundesrat die Grenzgänger von der Zertifikatspflicht ausnehmen und alle anderen Personengruppen, systematisch einer Zertifikatspflicht oder gar Quarantäne unterstellen?

Antwort

In einigen Kantonen machen Grenzgängerinnen und Grenzgänger mehr als ein Viertel der Arbeitskräfte aus. Diese Personen sind in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert und tragen zur Wertschöpfung der Schweiz bei. Die Einführung von grenzsanitären Massnahmen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger und deren Kontrolle würde zu Staus an der Grenze führen und hätte sowohl für die Wirtschaft als auch das Gesundheitswesen, in welchem viele Grenzgängerinnen und Grenzgänger beschäftigt sind, negative Auswirkungen.

Aus diesen Gründen sieht der Bundesrat für Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die täglich Grenzübertritte vornehmen, bei den Einreisebestimmungen eine Ausnahme vor. Ansonsten gilt auch für Grenzgängerinnen und Grenzgänger eine identische Zertifikatspflicht (z.B. für Restaurantbesuche) wie für in der Schweiz wohnhafte Personen.

Im Übrigen sprachen sich im Rahmen der Konsultation verschiedene Teilnehmende dafür aus, für Einreisende aus Grenzregionen eine Ausnahme vorzusehen. Der Bundesrat ist dieser Position gefolgt und hat die Vorlage nach der Konsultation angepasst. Damit ist der grenzüberschreitende Austausch in die Schweiz aus Nachbarregionen weiterhin ohne besondere Einschränkungen möglich.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7679 Porchet

Quelle solution pour les personnes guéries du COVID mais sans accès au certificat COVID ?

Les tests antigéniques ne sont pas reconnus pour le certificat COVID (normes européennes). Des personnes sont donc guéries, mais ne peuvent pas obtenir le certificat, ni encore être vaccinées. L'OFSP a renoncé à la mise en place d'un certificat uniquement pour la Suisse pour des raisons pratiques. Pourtant, un certificat "light" est déjà disponible sur l'application. Avec la fin de la gratuité des tests, n'est-il pas juste de donner à ces cas l'accès à ce certificat light ou une autre solution?

Réponse

Il est recommandé aux personnes guéries de se faire administrer une dose de vaccin à partir de quatre semaines après l'infection. Dans ce cas, elles reçoivent le jour de la vaccination un certificat de vaccination valide. En outre, depuis juin 2021, les personnes ayant obtenu un résultat positif à un test antigénique peuvent faire confirmer leur infection par un test PCR gratuit.

L'ordonnance COVID-19 certificats (SR 818.102.2) prévoit qu'un certificat de guérison COVID-19 est établi lorsqu'une personne a contracté le SARS-CoV-2 et qu'elle est considérée comme guérie. L'infection d'une personne doit être attestée par le résultat positif d'une analyse de biologie moléculaire pour le SARS-CoV-2. L'art. 6a de la loi COVID-19 énonce que le certificat doit pouvoir, « dans la mesure du possible, être utilisé par son détenteur pour entrer dans d'autres pays et en sortir ». La reconnaissance mutuelle des certificats en Suisse et dans l'UE est en vigueur depuis le 9 juillet 2021. La Suisse est donc raccordée au système européen, ce qui permet les assouplissements souhaités concernant les voyages au sein de l'UE et de l'espace Schengen, mais implique aussi que les certificats reposent sur les mêmes normes. Du fait de ces conditions, la délivrance de certificats de guérison sur la base de tests rapides antigéniques n'est pas possible.

S'agissant du certificat « light », il faut noter qu'il s'agit seulement d'une variante, contenant moins de données, d'un certificat déjà valable et existant. Il n'est pas approprié pour mettre en place un nouveau type de certificat propre à la Suisse.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7680 Porchet

Médecine axée sur le genre : améliorer l'information pour les femmes concernant le vaccin COVID

Alors que les personnes enceintes étaient prioritaires pour la vaccination depuis avril dans des pays comme la Belgique, la Suisse a longuement attendu pour leur donner l'autorisation. Et comme les études sur les effets du vaccin sur le cycle menstruel ou la fertilité sont quasi inexistantes, de nombreuses femmes renoncent au vaccin. Bref, la Suisse paie cher son absence d'intérêt pour la médecine axée sur le genre. Qu'est-il maintenant prévu pour mieux informer les femmes sur le vaccin COVID?

Réponse

La recommandation de vaccination de l'OFSP destinée aux femmes enceintes n'est pas à mettre en lien avec une absence d'intérêt pour la médecine axée sur le genre. Au contraire : une infection au coronavirus représente un risque particulier pour la santé des femmes enceintes. Jusqu'à récemment, la Commission fédérale pour les vaccinations ne disposait toutefois pas de données suffisantes pour formuler une recommandation de vaccination pour toutes les femmes enceintes. L'évidence croissante de l'efficacité et de la sécurité des vaccinations au sein de ce groupe a permis d'en révéler le bénéfice clair par rapport aux risques de la maladie et aux potentiels effets secondaires.

La recommandation vaccinale a par conséquent été actualisée le 14 septembre 2021 :

désormais, la vaccination contre le COVID-19 est recommandée à toutes les femmes qui envisagent d'avoir un enfant, aux femmes enceintes - à partir de la 12^e semaine (soit à partir du 2^e trimestre) - et durant l'allaitement. Les femmes enceintes souhaitant se faire vacciner avaient toutefois déjà la possibilité de le faire, en accord avec leur médecin et moyennant une attestation correspondante.

La vaccination suscite de nombreuses questions et parfois de fausses informations concernant la fertilité, la grossesse et l'allaitement. L'OFSP recourt à différents canaux pour rectifier ces contenus erronés afin que les femmes (ainsi que toutes les autres personnes) puissent prendre une décision avisée sur la vaccination. Il est important que la population mais également le personnel médical accompagnant les femmes dans leur grossesse soient informés à ce sujet.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7685 Steinemann

Kosten der Pandemie und Gewichtung dieser Ausgaben

94 Mia Fr. kostete die Corona-Pandemie, trotzdem wurden Intensivbetten wieder abgebaut. Dies erstaunt, werden doch fast alle Massnahmen damit begründet, die Kapazitäten würden an ihre Grenzen stossen. Wie viele dieser Mittel sind in die entsprechende Spitalinfrastruktur geflossen?

Als Begründung wird der Mangel an zertifizierten Spezialisten angeführt. Der PFZ verdanken wir angeblich stete Verfügbarkeit von geeigneten Arbeitskräften.

Warum wird dennoch Personalmangel als Grund angeführt?

Antwort

Die Bereitstellung von Mitteln für die Spitalinfrastruktur liegt in der Kompetenz der Kantone. Insbesondere Grenzkantone sind auf qualifiziertes ausländisches Personal im Gesundheitswesen angewiesen: So müsste der Kanton Tessin auf ca. 3'700 Arbeitskräfte im Gesundheitswesen verzichten, würde es zur Grenzschiessung kommen. Eine Überlastung des Gesundheitswesens wäre kaum vermeidbar. Dabei gilt zu beachten, dass zertifizierte Spezialistinnen und Spezialisten im Bereich der Intensivmedizin und -pflege auch im grenznahen Ausland knapp sind.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7686 Fivaz Fabien

Suppression des APG fondées sur une interdiction générale des manifestations

Pour de nombreux acteurs culturels, le retour à la normalité n'est pas une réalité dans un secteur soumis à une importante inertie. L'OFAS a pourtant supprimé au 01.09.21 le droit aux APG fondées sur une interdiction générale des manifestations. Cette décision a été transmise aux caisses de compensation (circulaire V18).

- Quel est l'impact de cette décision sur les acteurs culturels ?
- Le Conseil fédéral estime-t-il que la situation s'est suffisamment améliorée pour la justifier ?

Réponse

Actuellement, les manifestations ne sont plus interdites et elles peuvent avoir lieu sans restriction avec le certificat covid. Compte tenu de cette situation, l'OFAS a mis fin à la pratique qui prévoyait d'accorder d'office, à tous les acteurs l'allocation, sur la base de l'interdiction générale des manifestations, sans que les personnes doivent apporter des moyens de preuve d'annulation ou d'interdiction. Depuis le 1^{er} septembre 2021, pour prétendre à une indemnité, les personnes doivent apporter les moyens de preuves nécessaires, par exemple le refus d'une autorisation cantonale. A défaut, elles peuvent bénéficier d'une allocation lorsqu'elles subissent dans leur activité une baisse du chiffre d'affaires d'au moins de 30 %. Le droit des acteurs culturels reste donc garanti.

Le Conseil fédéral estime que la situation actuelle ne justifie plus l'octroi des prestations aux personnes qui ont repris leur activité. En ce sens, la nouvelle pratique est justifiée.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7687 Wasserfallen Flavia meineimpfungen.ch - Auskunftsbegehren

Auf meineimpfungen.ch hatten ungefähr 450000 Personen ihre Daten eingetragen. Der EDÖB teilt in den Medien mit, dass das BAG eine Lösung für die Bearbeitung von Auskunfts-, Berichtigungs- und Lösungsbegehren erarbeitet hat.

-Wie und wann kommen die betroffenen Personen demnach wieder an ihre Daten?
-Was passiert mit den Daten von Personen, die noch kein Auskunftsbegehren gestellt haben?

Antwort

Das BAG steht im Kontakt mit der Stiftung, dem EDÖB und der Stiftungsaufsicht, um zusammen Lösungen zu finden, wie diejenigen Personen, die ihre Impfdaten bei meineimpfungen.ch haben, möglichst bald wieder Zugang auf ihre Daten erhalten können. Der EDÖB unterstützt das BAG dahingehend, dass diese Lösungen sowohl in rechtlicher als auch technischer Sicherheit datenschutzkonform umgesetzt werden können. Die Lösung ist noch in Erarbeitung. Sobald die Klärung erfolgt ist, wird dazu kommuniziert.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7688 Wasserfallen Flavia Finanzielle Unterstützung durch das BAG

Gemäss Recherchen von dnp.ch reichte die Stiftung meineimpfungen ein Finanzhilfegesuch von 1 Million Franken für die Umsetzung der Nationalen Impfstrategie von 2020-2023 ein. Wurde oder wird diese Finanzhilfe gewährt? Falls ja: Wann und mit welcher Begründung wurde darüber entschieden?

Antwort

Am 26. Juni 2020 hat die Stiftung meineimpfungen zur Unterstützung des Schweizerischen elektronischen Impfausweises beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein Finanzhilfegesuch über total CHF 1'000'000 für die Jahre 2020 bis 2023 eingereicht. Die Bereitstellung eines elektronischen Impfausweises steht im Einklang mit der Nationalen Strategie zu Impfungen. Das Gesuch wurde in der Folge auf der Basis des Epidemiengesetzes am 9. Juli 2020 mit einem maximalen Betrag von CHF 1'000'000 bewilligt.



Ora delle domande del 20 settembre 2021

Domanda 21.7689 Quadri

Esenzioni dall'obbligo di covid pass: scienza o ideologia

Il CF ha decretato l'obbligo di covid pass per svariate attività al chiuso, ed ha mandato in consultazione delle proposte di misure di controllo sanitario ai confini.

Chiedo al CF:

- Perché l'obbligo di covid pass non vale per i trasporti pubblici?
- Perché i frontalieri non sono tenuti a mostrare il covid pass entrando in Svizzera?
- Le decisioni di cui sopra sono dettate da motivazioni scientifiche o politico-ideologiche?

Risposta

Nella fase attuale della pandemia, la priorità del Consiglio federale non è impedire i contagi, bensì proteggere il sistema sanitario. Nel modello a tre fasi, ha stabilito che si adotteranno provvedimenti soltanto se vi sarà un rischio di sovraccarico ospedaliero.

Estendendo l'obbligo del certificato, il Consiglio federale risponde al forte aumento di pazienti in terapia intensiva. L'estensione riguarda numerosi settori della vita pubblica. Questa misura e tutte le altre si applicano alle persone che soggiornano in Svizzera. Non sono al momento previste misure supplementari per i frontalieri in entrata in Svizzera o l'obbligo del certificato sui trasporti pubblici.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7691 Gafner

Wie rechtfertigt der Bundesrat die Zertifikatspflicht?

Drastisch steigende Fallzahlen in Israel und Ländern mit hoher Impfquote zeigen, dass die Wirksamkeit der mRNA Injektionen nicht den Erwartungen aufgrund der sog. Zulassungsstudien entspricht. Auch in der Schweiz häufen sich Impfdurchbrüche. Neuerdings wird sogar die Zweckmässigkeit von Booster-Impfungen angezweifelt. Zudem ist wissenschaftlich erwiesen, dass doppelt geimpfte Personen eine mindestens so hohe Viruslast wie ungeimpfte aufweisen, also andere Menschen anstecken können.

Antwort

In der aktuellen Phase der Pandemie steht für den Bundesrat nicht die Vermeidung von Infektionen, sondern der Schutz des Gesundheitssystems im Vordergrund. Im Drei-Phasen-Modell hat er festgelegt, dass nur dann Massnahmen ergriffen werden sollen, wenn die Überlastung der Spitäler droht.

Gemäss den Daten aus den klinischen Zulassungsstudien der mRNA-Impfstoffe sowie den Erfahrungen verschiedener Länder und auch der Schweiz hält die Schutzdauer gegen schwere Erkrankungen und Hospitalisationen an. Die Hospitalisationsdaten zeigen ein klares Bild: über 90% der hospitalisierten Covid-19-Patientinnen und Patienten sind aktuell ungeimpft. Ob Auffrischimpfungen durchgeführt werden sollten, wird laufend evaluiert. Aktuell wird dies noch nicht empfohlen.

Auch bei vollständig geimpften Personen ist eine Infektion nicht ausgeschlossen. Studien zeigen aber: vollständig geimpfte Personen infizieren sich deutlich weniger häufig als ungeimpfte Personen und es gibt Hinweise, dass sie das Virus mit geringerer Wahrscheinlichkeit an andere weitergeben als ungeimpfte Personen. Dies, da sie im Durchschnitt eine geringere Viruslast und entsprechend weniger Viren in den Atemwegen haben und daher wahrscheinlich auch weniger Viren ausscheiden.

Die steigenden Fallzahlen in Israel, welches eine etwas vergleichbare Durchimpfungsquote aufweist wie die Schweiz, zeigen eindrücklich, dass beim aktuellen Stand der Durchimpfung die Zirkulation des Virus noch nicht genügend reduziert werden kann.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7692 Gafner

Führt nur die Impfung aus der Pandemie?

Es gilt in wissenschaftlichen Kreisen als höchst umstritten, ob mit Impfungen gegen respiratorische Viren überhaupt Herdenimmunität erzielt werden kann. Stimmen von Virologen und Epidemiologen mehren sich, welche eine Massenimpfung in eine Pandemie hinein kritisch hinterfragen und sogar einen Selektionsdruck auf das Virus mit Erzeugung gefährlicherer Mutationen postulieren. Alles Effekte, die momentan weltweit zu beobachten sind.

Weshalb hält der Bundesrat trotzdem an dieser Strategie fest?

Antwort

Das Ziel des Bundesrats ist es, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage so rasch wie möglich zu normalisieren. Die Impfung ist das wirksamste Instrument, um schwere Verläufe zu verhindern und das Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu schützen. Diese Haltung wird nicht nur von den führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern weltweit geteilt. Sie entspricht auch den Erfahrungsberichten der Ärztinnen, Ärzte und den Pflegenden, die sich seit dem Beginn der Pandemie mit grossem Einsatz um erkrankte Personen kümmern.

Erfahrungen in Ländern mit hoher Durchimpfungsquote, wie zum Beispiel Dänemark oder das Vereinigte Königreich, sprechen ebenfalls gegen die Annahme des Fragestellers.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7693 Gafner

Wie gedenkt der Bundesrat die Meldepraxis zu verbessern?

Meldungen ernsthafter medizinischer Komplikationen im Zusammenhang mit der mRNA Injektion mehren sich und stehen im Widerspruch zur Quantität und Qualität der Meldungen, die durch Swissmedic erfasst werden. Aufgrund vieler Hinweise muss davon ausgegangen werden, dass nur ein Bruchteil der Komplikationen gemeldet wird, schätzungsweise nur 1% - 5%. Anhand ausländischer Daten geht man davon aus, dass weltweit mit über 50000 Todesfällen und rund 1 Mio. anderer gesundh. Schädigungen gerechnet wird.

Antwort

Das Pharmakovigilanz-Meldesystem von Swissmedic funktioniert gut. Im internationalen Umfeld der Marktüberwachung ist eine Melderate von 10-15% üblich. Die Schweiz weist eine vergleichbare Melderate auf, im Falle der Überwachung von Nebenwirkungen der Covid-19-Impfungen dürfte diese Rate noch höher liegen.

Das Nebenwirkungsprofil zu den beiden in der Schweiz eingesetzten Impfstoffen ist aus den Zulassungsstudien gut bekannt; die meisten der nun weltweit gemeldeten Nebenwirkungen gehören zu den früh bekannten und ausgewiesenen Impfreaktionen.

Wichtig in der laufenden Überwachung ist vor allem die Detektion von noch unbekanntem, seltenen Nebenwirkungen in der breiten Anwendung der Impfstoffe nach der Zulassung. Zu diesen seltenen Nebenwirkungen gehören insbesondere schwere allergische Reaktionen sowie Herzmuskelentzündungen. Swissmedic hat, wie andere Behörden auch, die Fachpersonen und die Öffentlichkeit dazu regelmässig und zeitnah über aktuelle Erkenntnisse informiert.

Die transparent ausgewiesenen Meldungen von Verdachtsfällen in zeitlichem Zusammenhang mit den Impfungen bedeuten nicht, dass die Impfung auch die Ursache war. Swissmedic evaluiert jede erhaltene Meldung einzeln. Trotz zahlreichen gemeldeten Ereignissen in zeitlichem Zusammenhang mit der Impfung hat die differenzierte Evaluation insbesondere zu Todesfällen keinen direkten ursächlichen Zusammenhang mit der Impfung erkennen lassen, sondern in erster Linie mit vorbestehenden Erkrankungen. Die von Swissmedic regelmässig



publizierten Berichte, wie auch die Zahlen der internationalen Partnerbehörden bestätigen dies.

Aus diesen Gründen bestreitet der Bundesrat die Annahmen im letzten Satz der Frage.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7695 Töngi

Was sind die Erkenntnisse der Studie zur Nitrataufnahme aus Trinkwasser in der Schweiz, die das BLV publizieren wollte?

In seiner Antwort auf meine Frage 21.7511 schreibt der Bundesrat, das BLV werde im Verlaufe dieses Sommers eine Studie publizieren, mit Erkenntnissen zur Nitrataufnahme aus Trinkwasser in der Schweiz. Mangels Daten und Studien zur tatsächlichen Nitratexposition könnten zurzeit keine verlässlichen Verknüpfungen zu Dickdarmkrebsfällen gemacht werden.

Ist diese Studie inzwischen publiziert worden? Wenn ja, was sind die Erkenntnisse? Wenn nein, wann wird sie publiziert werden?

Antwort

Die Studie soll noch im September 2021 publiziert und in geeigneter Form über die Ergebnisse orientiert werden.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7697 Cottier

COVID-19 : des médecins pour renseigner localement sur les vaccins

L'accès à l'information est clé pour les personnes qui ont des questions ou doutes sur la vaccination, ses effets, la technologie ARNnn etc. En France la croix-rouge a organisé des permanence décentralisées, p.ex. dans des supermarchés, avec des médecins là pour répondre aux questions et la possibilité de se faire vacciner. Cela peut favoriser une vaccination large. Le Conseil fédéral envisage-t-il une telle mesure avec les cantons pour répondre aux questions légitime des personnes qui hésitent?

Réponse

Selon la loi sur les épidémies, les cantons sont responsables de mettre en œuvre la stratégie de vaccination. Ils ont une meilleure connaissance de leur population, et de la manière d'atteindre les groupes cibles. L'Office fédéral de la santé publique (OFSP) collabore étroitement avec les cantons et les soutient dans leurs efforts.

Pour que l'information sur la vaccination contre le COVID-19 atteigne également les personnes en Suisse encore indécises ou ayant plus de difficulté à accéder à la vaccination, l'OFSP et les cantons développent en permanence des mesures de communication et proposent des offres de vaccination. (p. ex. des centres de vaccination mobiles ou la possibilité de se faire vacciner sans rendez-vous).

L'objectif est de permettre la vaccination en garantissant l'égalité des chances et la facilité d'accès.

L'OFSP et les cantons travaillent aussi avec la Croix-Rouge suisse (CRS) pour promouvoir la vaccination dans les groupes de population défavorisés.

Le Conseil fédéral estime que les cantons peuvent encore renforcer leurs efforts pour s'adresser plus directement aux personnes concernées. Il examine aussi d'autres possibilités de soutien et évoque également le besoin d'intensifier les activités lors de ses contacts réguliers avec les représentants des cantons.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7700 Streiff

Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Long-Covid

Die Durchseuchung der Kinder und Jugendlichen führt zwangsläufig zu Long-Covid-Fällen. Der Schutz der Schwächsten darf die Kinder nicht ausnehmen. In vielen Kantonen werden aber die Repetitiven Tests sowie Quarantäne bei Ausbrüchen zurückgefahren. Ist der Bundesrat bereit, sich bei den Kantonen einzusetzen, dass die Schutzmassnahmen beibehalten werden und auch Schutzfilter oder Messgeräte in den Schulzimmern eingesetzt werden müssen?

Antwort

Es ist zurzeit unklar, wie viel Prozent der Sars-CoV-2 Infektionen bei Kindern und Jugendlichen zu Langzeitfolgen führen. Eine klare Definition des Krankheitsbildes fehlt und somit ist eine Abgrenzung schwierig.

Der Bundesrat und das Bundesamt für Gesundheit beobachten die aktuelle Entwicklung der Fallzahlen bei Kindern und Jugendlichen eng. Im Juni hat das BAG Empfehlungen zum repetitiven Testen und einen darauf abgestimmten Massnahmenkatalog formuliert und den Kantonen zugeleitet.

Der Bundesrat und das BAG setzen sich auf verschiedenen Ebenen dafür ein, dass das repetitive Testen flächendeckend umgesetzt wird und sind im Austausch mit den Kantonen. Durch eine konsequente Umsetzung des repetitiven Testens kann das epidemiologische Geschehen in Schulen kontrolliert und die Anzahl Quarantänen reduziert werden. Die Umsetzung der Teststrategien und Massnahmen in Klassen liegt in der Zuständigkeit der Kantone.

Weitergreifende Massnahmen wie zum Beispiel Quarantäneanordnungen müssen immer in Abhängigkeit der lokalen epidemiologischen Situation und unter Berücksichtigung möglicher negativer Auswirkungen abgewogen werden.

Technische Lösungen wie CO₂-Messgeräte oder Luftfilter können als unterstützende Massnahmen flankierend in Erwägung gezogen werden. Im Vordergrund steht aber das regelmässige und effektive Lüften der Räume. CO₂-Messgeräte können als Erinnerungshilfe zum Lüften sinnvoll sein. Bei Luftfiltern müssen immer auch technisch relevante Faktoren, wie Dimensionierung, Platzierung im Raum, Wartung



etc. aber auch Lärm berücksichtigt werden. Das BAG empfiehlt hier langfristige und nachhaltige Lösungen zur Verbesserung des Lüftens anstelle kurzfristiger Lösungen.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7707 Porchet

Quelle reconnaissance pour les parents d'enfants atteints de diabète de type 1?

Les cantons de BE, FR, LU, NW, OW, SO, ZH, JU octroient des rentes d'impotent pour les enfants atteints de diabète de type 1, alors que ces demandes sont rejetées dans d'autres (AG, TG, SG, ZG, VD). Puisque le droit à une allocation d'impotence est régi au niveau fédéral et se réfère explicitement à la Constitution fédérale, comment le Conseil fédéral considère-t-il le fait que certains cantons octroient des rentes d'impotent aux enfants atteints de diabète de type 1 alors que d'autres non ?

Réponse

La codification de l'assurance-invalidité au niveau national ne permet pas de mettre en évidence des éventuelles différences entre les cantons concernant l'octroi ou le refus d'une allocation pour impotent en cas de diabète de type 1. Dans tous les cas, le droit à une allocation pour impotent dépend des circonstances de chaque cas concret et du degré de gravité de l'atteinte, que les offices AI sont tenus d'évaluer selon des critères uniformes.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7711 Page

Validité des vaccins effectués à l'étranger

La mise en place du certificat Covid pose un vrai problème aux personnes vaccinées à l'étranger. Les étudiants qui ont été vaccinés dans leur pays ont reçu un vaccin autre que les deux reconnus en Suisse, de ce fait, ils ne peuvent pas recevoir le Pass, tout en sachant qu'ils ne peuvent pas non plus se faire vacciner une 2e fois en Suisse avec du Moderna ou du Pfizer (ce qui serait dangereux, raison pour laquelle les médecins refusent)

Je demande une reconnaissance partielle pour les étudiants.

Question 21.7715 Moret Isabelle

Reconnaissance des vaccins effectués dans leur pays de résidence par des personnes hors UE/espace Schengen

Nos EPF comptent nombre de chercheurs, assistants et professeurs hors UE/Schengen vaccinés dans leur pays d'origine et la Genève Internationale reçoit des diplomates de ces régions. Nos milieux touristiques attendent aussi impatiemment les touristes asiatiques. La Suisse reconnaît les certificats UE/Schengen. L'OFSP indique que "les certificats des États tiers peuvent aussi être reconnus". Le Conseil fédéral peut-il confirmer que ce sera le cas de toutes les personnes susmentionnées ?

Frage 21.7748 Paganini

Zugang zum touristischen Angebot für geimpfte Drittstaatsangehörige

Wir haben aktuell rund 40'000 mehrheitlich geimpfte Gäste aus Drittstaaten in der Schweiz, die seit Montag, 13. September 2021, keinen Zugang mehr zu touristischen Dienstleistungen wie Restaurants, Wellnessbereiche, Zoos, Schifffahrten etc. erhalten. Wird der Bundesrat Gästen aus Drittstaaten mit einem Impfnachweis, welcher zur Einreise in die Schweiz berechtigt, auch den testfreien Zutritt zum gesamten touristischen Angebot gewähren? (Restaurants, Zoos, Wellnesshotels, Zoos etc.)

Question 21.7805 Wehrli

Reconnaissance des vaccins selon la liste OMS

De nombreuses personnes arrivant en Suisse pour s'y établir ou pour y travailler, tant de manière permanente que brève, se retrouvent aujourd'hui dans des situations personnelles complexes si elles ont été vaccinées avec un vaccin reconnu par l'Organisation mondiale de la santé (OMS) mais pas par la Suisse. C'est ainsi un problème notamment pour les Suisses de l'étranger.



Dans ce cadre, je pose les questions suivantes au Conseil fédéral :

- est-ce que le Conseil fédéral entend suivre l'OMS et sa liste de reconnaissance des vaccins? et si non, pourquoi ?
- si non, est-ce quelles mesures sont possibles pour les personnes concernées, alors que les tests vont devenir payant et que de nombreux médecins refusent de vacciner "à double" ces personnes déjà vaccinées ?

Réponse

Seit dem 7. Juni 2021 können alle Personen, die mit einem von der Swissmedic zugelassenen Impfstoff im Ausland geimpft sind und die in der Schweiz Wohnsitz haben oder in die Schweiz einreisen, ein Schweizer Covid-Zertifikat erlangen. Ab dem 20. September 2021 wird diese Regelung auf alle Impfstoffe ausgedehnt, die von der European Medicines Agency (EMA) zugelassen worden sind. Einem definierten Personenkreis mit festem oder vorübergehendem Wohnsitz in der Schweiz kann zudem ein Covid-Zertifikat ausgestellt werden, wenn Sie mit einem nur auf der WHO-Liste geführtem Impfstoff geimpft sind. Dies betrifft rückkehrende Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, in der Schweiz berufstätige EU-Drittstaatsangehörige, Mitarbeitende von internationalen Organisationen und akkreditiertes diplomatisches Personal, Studentinnen und Studenten.

Damit wird die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch für Personen sichergestellt, die im Ausland geimpft wurden oder im Ausland genesen sind.



Fragestunde vom 20. September 2021

Question 21.7712 Addor

Un pass Covid pour les personnes pour qui le vaccin ARNm est contre-indiqué

Pour certaines personnes, le vaccin ARNm est médicalement contre-indiqué. Pour épargner à ces personnes l'apartheid dont les non-vaccinés sont victimes depuis le 13 septembre, le Conseil fédéral est-il disposé, plutôt que de les contraindre à subir un test nasal (fut-il gratuit) tous les 2 ou 3 jours, à leur ouvrir l'accès au "certificat sanitaire" sur présentation d'un certificat médical ?

Frage 21.7756 Lohr

Diskriminierung durch das Impfzertifikat

Das am 08.09.2021 vom Bundesrat beschlossene Impfzertifikat ist gegenüber denjenigen Menschen mit einer Beeinträchtigung diskriminierend, die sich weder impfen noch testen lassen können.

Welche Sonderlösungen sind für Menschen vorgesehen, die sich aus gesundheitlichen Gründen weder impfen noch testen lassen können?

Wieso wird über dieses Thema nicht öffentlich informiert?

Antwort

Dem Bundesrat sind die Herausforderungen der Menschen die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können bekannt. Er arbeitet an einer Lösung. Diese soll sicherstellen, dass Personen die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, gegenüber Personen mit Covid-Zertifikat nicht schlechter gestellt werden.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7714 Clivaz Cristophe

Permettre à tout.e.s les étudiant.e.s des hautes écoles de suivre les cours en présentiel via des tests gratuits

La plupart des hautes écoles ayant annoncé l'obligation du certificat COVID pour accéder aux salles de cours et afin de permettre aux étudiant.e.s non (encore) vacciné.e.s de suivre les cours en présentiel, le Conseil fédéral ne considère-t-il pas que ces étudiant.e.s devraient pouvoir disposer sur place de tests de dépistage gratuits, y compris après le 1er oct. ? La Confédération est-elle prête à financer ces tests ?

Réponse

Dans le cadre des tests répétés, qui continuent à être favorisés par le Conseil fédéral, les écoles professionnelles, les HES ou les universités peuvent proposer des tests à leurs étudiants et employés. Actuellement, si un concept cantonal existe, les coûts des tests répétés proposés sont pris en charge par la Confédération. De plus, dans ce cadre il est possible de délivrer aussi un certificat sur demande. Les frais supplémentaires liés à la délivrance du certificat sont à la charge du canton ou de l'établissement de formation. Ils ne sont pas pris en charge par la Confédération.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7716 Moret Isabelle

Vérification de la date de la 2ème dose de vaccin sur le Pass Covid

Le Pass Covid est valable dès le jour de la 2ème dose. Dans certains lieux, la personne chargée de la vérification du Pass Covid exige de vérifier la date de la 2ème dose afin de s'assurer que 15 jours se sont écoulés. Que pense le Conseil fédéral de cette attitude ? Est-ce contraire aux droits de la personnalité ? Le Conseil fédéral compte-t-il rappeler publiquement de manière plus claire qu'une telle vérification n'est pas nécessaire ?

Réponse

Pour accéder à des manifestations ou établissements dont l'entrée est soumise à la présentation d'un certificat COVID-19, il est nécessaire d'être titulaire d'un certificat COVID-19 valable. En Suisse, pour la vaccination en deux doses, le certificat COVID-19 de vaccination est valable dès le jour de l'administration de la seconde dose. Un délai de 15 jours dès la seconde dose ne doit pas être observé. Des restrictions d'accès fondées sur un tel délai ne sauraient être justifiées par les dispositions de droit fédéral.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7717 Walti Beat

Art. 1a des Covid-19-Gesetzes: Wirklich ein Blankoscheck für den Bundesrat?

Gemäss Art. 1a des Covid-19-Gesetzes legt der Bundesrat «Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen und Erleichterungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens» fest.

Das Referendumskomitee zum Covid Gesetz II argumentiert, dass der Bundesrat dadurch «die Kontrolle über das gesamte Leben der Bürger erhält».

-Ist dieser Artikel ein Blankoscheck für die Regierung zur Bekämpfung der Pandemie?

-Oder schränkt er den Spielraum des Bundesrates in der Pandemiebekämpfung eher ein?

Antwort

Artikel 1a des Covid-19 Gesetzes enthält Handlungsanweisungen an den Bundesrat in Bezug auf die Planung und die Ausgestaltung der Massnahmen zur Pandemiebekämpfung und setzt ihm bei der Bekämpfung der Pandemie gesetzliche Leitplanken. Mit der Bestimmung wird zudem die Transparenz und Planungssicherheit erhöht.

In seinem Drei-Phasen-Modell hat der Bundesrat dargelegt, an welchen Messgrössen er das Massnahmendispositiv in den unterschiedlichen Phasen der Pandemie ausrichtet. Aktuell steht für den Bundesrat nicht die Vermeidung von Infektionen, sondern der Schutz des Gesundheitssystems im Vordergrund. Der Bundesrat hat klar festgelegt, dass er nur dann Massnahmen ergreift, wenn eine Überlastung der Spitäler droht. Dieser Maxime ist er in seinen jüngsten Entscheiden gefolgt.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7732 Schwander Auslastung der Intensivbetten

Die aktuellen Covid-Massnahmen werden mit den Bettenkapazitäten in den Spitälern begründet. In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat, folgende Fragen konkret zu beantworten:

- Wie hoch war die Menge der betriebenen Intensivbetten durchschnittlich in den beiden Jahren vor der Pandemie. (Aggregierte Zahlen der Kantone)?
- Wie hoch war die Auslastung der betriebenen Intensivbetten durchschnittlich in den beiden Jahren vor der Pandemie. (Aggregierte Zahlen der Kantone)?

Frage 21.7766 Dettling Betrieb der Intensivbetten

Die aktuellen Covid-Massnahmen werden mit den Kapazitäten in den Spitälern begründet. In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat, folgende Fragen konkret zu beantworten:

- Wie viele Intensivbetten können aktuell qualitativ hochwertig betrieben werden?
- Wie viele Intensivbetten konnten zum Beginn der Pandemie qualitativ hochwertig betrieben werden?
- Wie hoch war die Fluktuation beim Intensivpflegepersonal im Gegensatz zur Zeit vor der Pandemie?

Antwort

Aktuell werden 851 Intensivbetten betrieben, 873 Intensivbetten sind durch die Schweizerische Gesellschaft für Intensivmedizin (SGI) zertifiziert. Zu Beginn der Pandemie waren 863 Intensivbetten durch die SGI zertifiziert.

Der Koordinierte Sanitätsdienst führt seit Februar 2020 die Statistik zu den Intensivbetten. Zur Anzahl der betriebenen Betten oder deren Auslastung vor diesem Zeitpunkt existieren keine Daten. Auch zur die Fluktuation beim Intensivpflegepersonal vor und während der Pandemie verfügt der Bund über keine Daten.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7733 Schwander Einfluss der Durchimpfungsrate auf die Massnahmen

Der Bundesrat behauptet, für die Aufhebung der Covid-Massnahmen brauche es eine höhere Durchimpfungsrate und insbesondere jüngere müssten sich nun impfen lassen. Dazu meine Fragen:

1. Wie hoch muss die Durchimpfungsrate bei den Alterskategorien der bis 29-Jährigen sein?
2. Welchen Einfluss hat die Durchimpfungsrate bei den Alterskategorien der bis 29-Jährigen auf die Auslastung der Intensivbetten, wenn die Hospitalisierungen dieser Alterskategorien in den letzten Jahren unter 4% lagen?

Antwort

Der Bundesrat hat keine fixen Impfziele festgelegt. Umfragen und auch die Erfahrung anderer Länder zeigen, dass gerade bei den jüngeren Altersgruppen ein grosses Potential besteht. Eine hohe Durchimpfung ist für die Normalisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zentral: Geimpfte Personen infizieren sich deutlich weniger häufig. Zusätzlich verdichten sich die Hinweise, dass geimpfte Infizierte weniger infektiös als ungeimpfte Infizierte sind. Dadurch können durch die Impfung Virusübertragungen in der gesamten Bevölkerung reduziert werden.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7736 Hurni

Le Covid-19 se transmet-il chez les greffés ?

Le taux de mortalité parmi les patients récemment greffés et immunosprimés a-t-il augmenté pendant la pandémie de COVID? Si tel est le cas, est-ce parce que ces patients contractent le COVID? Comment l'attrapent-ils cas échéant? Ne conviendrait-il pas d'exiger que le personnel soignant en contact avec des patients immunosupprimés soit vacciné?

Réponse

Le virus peut se transmettre à toute personne, y compris aux patients greffés et aux personnes immunosupprimées.

Le Conseil fédéral n'est toutefois pas en mesure de fournir rapidement des indications sur la mortalité des personnes récemment greffées et immunosupprimées. Les éventuels liens de causalité avec une infection par le SARS-CoV-2 n'ont pas non plus été recensés. Les données concernées figurent dans la statistique des causes de décès de l'Office fédéral de la statistique, qui paraît avec un certain décalage.

Le Conseil fédéral et les cantons auraient juridiquement la possibilité de rendre la vaccination contre le COVID-19 obligatoire pour le personnel de santé, mais aucune obligation vaccinale n'est prévue. À certaines conditions, les employeurs peuvent aussi exiger de leur personnel une vaccination, en vertu d'une disposition contractuelle ou de leur droit de donner des directives à leurs employés. À cet égard, ils doivent tenir compte des droits de la personnalité. La pesée des intérêts doit être faite en fonction de l'exposition et du risque. En cas de contacts réguliers avec des personnes vulnérables, la question d'une telle obligation serait justifiable. Toutefois, des mesures plus douces concernant la protection des patients sont également indiquées : par exemple, le port du masque par les collaborateurs en contact avec les patients ou encore un transfert dans une autre unité.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7737 Strupler

Tierische Schlacht-Nebenprodukte wieder für Tierfutter verwenden

Die EU hat das Verbot für die Verwendung von tierischen Schlacht-Nebenprodukten als Tierfutter aufgehoben. Was gedenkt der Bundesrat in der Schweiz zu machen? Wäre es nicht sinnvoll auch eine Lockerung anzustreben damit diese Schlacht-Nebenprodukte wieder als hochwertiges Prorein-Futter genutzt werden und somit auch der Futterimport reduziert werden kann?

Antwort

Am 18. August 2021 wurden im Amtsblatt der EU die geänderten Bestimmungen zur Wiederverwertung von tierischen Proteinen in der Nutztierfütterung publiziert. Neu können in der EU unter strengen Regeln und Vorsichtsmassnahmen verarbeitete tierische Proteine von Schweinen an Geflügel sowie solche von Geflügel an Schweine verfüttert werden. Zusätzlich können auch verarbeitete Proteine von Insekten zur Fütterung von Schweinen und Geflügel verwendet werden. Die Wiederverwertung von tierischen Proteinen von Wiederkäuern bleibt nach wie vor verboten.

Der Bundesrat ist bereit, die Frage der Wiederverwertung von tierischen Proteinen in der Nutztierfütterung zu prüfen. Dies soll zusammen mit den zuständigen Behörden, Branchenmitgliedern, Konsumentenverbänden sowie weiteren involvierten Kreisen erfolgen.

Oberstes Ziel bei einer Wiederverwertung von tierischen Proteinen muss der Ausschluss eines gesundheitlichen Risikos für Konsumentinnen und Konsumenten sein. Lebensmittel von Tieren, die solche Futtermittel erhalten haben, müssen sicher sein. Ebenso müssen gesundheitliche Risiken für diese Tiere selbst ausgeschlossen werden können.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7749 Paganini

Ende Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung (ME) auch bei unentgeltlicher Arbeit?

Der Anspruch auf ME endet am 98. Tag des Mutterschaftsurlaubes (MU). Er ende früher, wenn eine Mutter ihre Arbeit während des MU wiederaufnimmt.

Verhält es sich gleich, wenn eine Mutter eine Tätigkeit vor dem 98. Tag wiederaufnimmt, aber auf den Lohn dazu verzichtet? Beispiele dafür könnten eine Angestellte sein, welche in ihrem Betrieb aus Loyalität kurzfristig unentgeltlich einspringt oder auch eine gewählte Politikerin, welche ohne Sitzungsgeld ihren Mandatsaufgaben nachkommt

Antwort

Das Gesetz enthält keine explizite Regelung zur Frage, ob die Mutter auf Lohn verzichten kann, um den Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung nicht zu verlieren. Allerdings darf mit einem Verzicht keine Umgehung der gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen erreicht werden. Deshalb endet der Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung bei einem Verzicht auf den Lohn. Ausserdem gilt während der ersten acht Wochen nach der Niederkunft ein Arbeitsverbot und danach darf die Mutter nur mit ihrem Einverständnis beschäftigt werden.

Die Standesinitiativen 19.311, 20.313 und 20.323 verlangen die Anpassung der Gesetzgebung, damit Frauen nach der Geburt eines Kindes auf allen politischen Legislativebenen ihre Mandate während des Mutterschaftsurlaubs wahrnehmen können, ohne dadurch den Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung zu verlieren. Den Standesinitiativen wurde Folge gegeben. Derzeit wird der Bericht der Kommission ausgearbeitet.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7750 Addor

Le sport sans pass Covid sur prescription médicale

Le Conseil fédéral est-il disposé à assouplir l'obligation de "certificat sanitaire" imposée aux activités sportives pour les personnes pour qui l'une ou l'autre activité sportive (piscine, fitness ou autre) est prescrite par un médecin ?

Réponse

Les traitements prescrits par un médecin peuvent être réalisés sans présenter de certificat. Si un traitement devait avoir lieu dans un fitness accessible à d'autres personnes également, l'obligation de présenter un certificat peut être levée si le traitement se déroule dans des locaux séparés, pour éviter d'entrer en contact avec les autres personnes qui s'entraînent. Dans le cas où il ne serait pas possible d'installer une séparation, la thérapie peut être réalisée en respectant les distances requises par rapport aux autres personnes qui s'entraînent et en portant un masque.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7752 Addor

Pas d'obligation vaccinale pour les étudiants !

Diverses hautes écoles, entre autres, exigent depuis le 13 septembre un certificat sanitaire de la part de leurs étudiants. Pour ceux d'entre eux qui ne souhaitent pas se faire vacciner, les désagréments et le coût d'éventuels tests, (qui sera à leur charge) sont si dissuasifs qu'à moins de renoncer à leurs études, ces jeunes subissent une obligation vaccinale qui ne dit pas son nom. Le Conseil fédéral est-il prêt à prendre immédiatement les mesures nécessaires pour éviter cela ?

Réponse

Le dispositif de mesures mis en place par le Conseil fédéral ne prévoit pas de certificat obligatoire dans les écoles professionnelles, les hautes écoles ou les universités. Les cantons et institutions déterminent eux-mêmes s'ils souhaitent recourir à cette mesure.

Le Conseil fédéral continue d'encourager le dépistage répété dans le secteur de la formation. Avec une stratégie de tests répétés donnant accès à un certificat, les élèves ne voulant pas se faire vacciner peuvent ainsi continuer à suivre leurs études sans restriction. Les coûts des tests répétés proposés sont pris en charge par la Confédération.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7754 Addor

Moratoire dans la mise en œuvre du certificat sanitaire

Pour éviter la fracture sociale que les mesures en vigueur depuis le 13 septembre 2021 sont en train de créer ou d'aggraver, le Conseil fédéral est-il prêt à suspendre l'application de l'art. 6a de la loi COVID-19 jusqu'à ce que le peuple ait pu se prononcer à son sujet le 28 novembre 2021 ?

Réponse

Comme l'ensemble de l'ordonnance COVID-19 situation particulière, l'extension temporaire de l'utilisation du certificat Covid-19 se base sur l'art. 6 de la loi sur les épidémies. Cette disposition habilite le Conseil fédéral, en cas de situation particulière, à ordonner, entre autres, des mesures visant la population. Dans les premières phases de la pandémie, cela incluait également la fermeture d'entreprises et l'annulation de manifestations. Par rapport à d'autres mesures prises antérieurement, l'extension du certificat obligatoire constitue une mesure plus modérée.

La situation actuelle dans les hôpitaux reste tendue et les unités de soins intensifs sont fortement sollicitées. Dans certains cantons, des opérations sont reportées et il arrive souvent que des patients soient également transférés vers d'autres hôpitaux. L'extension temporaire du certificat obligatoire a pour objectif de limiter le risque de transmission et par là également de prévenir une surcharge des hôpitaux. L'obligation du certificat permet de prendre des mesures pour endiguer la propagation du virus, sans devoir fermer des installations ou même interdire certaines activités. Au regard de l'évolution épidémiologique, le Conseil fédéral a dû agir rapidement. Il estime qu'il n'est pas indiqué de suspendre l'application de l'art. 6a de la loi Covid-19 jusqu'à la nouvelle votation sur cette loi.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7757 Schläpfer Grenzkontrollen Corona

Täglich reisen hunderttausende unkontrolliert in die Schweiz. Viele dieser Einreisenden weisen bereits Symptome auf, wie erhöhte Temperatur, welche heute mit modernen Wärmebild-Kameras selbst im vorbeifahrenden Auto gemessen werden, also praktisch ohne Staus zu verursachen. Die Kosten dafür sind überschaubar: für alle Grenzübergänge etwa 10 Mio. Fr. Damit können viele der ansteckenden Einreisenden erfasst werden.

Ist der Bundesrat bereit, Wärmebildkameras an allen Grenzübergängen aufzustellen?

Antwort

Die Wirksamkeit von Temperaturscreenings bei der Einreise ist wissenschaftlich nicht belegt und wird in Frage gestellt. Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass ein Grossteil von später positiv auf Covid-19 getesteten Personen bei den Temperaturscreenings bei der Einreise symptomfrei war. Das kommt daher, dass bis zu zwei Drittel von positiv getesteten Personen, teilweise symptomatisch, fieberfrei waren. Aus diesem Grund erachtet der Bundesrat die Installation von Wärmebildkameras an den Grenzübergängen nicht für sinnvoll.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7764 Bircher

Berechnung der Impfquote, bewusst tief gehalten?

Der Bundesrat publiziert wöchentlich die Impfquote. 100% entspricht der gesamten Schweizer Bevölkerung. Kinder unter 12 Jahren, bei denen es gar keine Impfung gibt, werden in die Berechnung miteinbezogen. Wird damit versucht die Impfquote bewusst tiefer zu kommunizieren als sie eigentlich ist? Andere Länder wie Spanien oder Italien unterscheiden in ihrer Kommunikation daher genau zwischen der Quote der Gesamtbevölkerung und der Quote der Ü12-Jährigen resp. Ü18? Wie hoch wäre diese in der Schweiz?

Antwort

Das Bundesamt für Gesundheit weist auf dem Online-Covid19-Dashboard die Durchimpfung aufgeschlüsselt nach Altersgruppen aus (www.covid19.admin.ch). Die allgemeine Durchimpfungsquote bezieht sich auf die gesamte Wohnbevölkerung, da grundsätzlich alle Personen zur Infektionsdynamik beitragen können.

In der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein sind 71% der erwachsenen Personen (ab 18 Jahren) mit mindestens einer Impfdosis geimpft. Der Anteil der vollständig geimpften Erwachsenen liegt zurzeit bei 63%. Bezogen auf alle Impfberechtigten (ab 12 Jahren) haben bisher 69% mindestens eine Impfdosis erhalten. 60% sind vollständig geimpft.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7765 Bircher Lockdown für geimpfte Personen

Wenn es wieder zu angeordneten Schliessungen oder Einschränkungen auf Grund der Pandemie kommen würde, wären geimpfte Personen davon ausgenommen? Sprich kann der Bundesrat analog Deutschland oder Österreich den geimpften Personen ein Versprechen geben, dass es für sie keinen Lockdown mehr geben wird?

Antwort

In der aktuellen Phase der Pandemie steht für den Bundesrat nicht die Vermeidung von Infektionen, sondern der Schutz des Gesundheitssystems im Vordergrund. Im Drei-Phasen-Modell hat er festgelegt, dass nur dann Massnahmen ergriffen werden sollen, wenn die Überlastung der Spitäler droht. Die bundesrätliche Strategie sieht zudem vor, dass in der gegenwärtigen Phase die Anwendung des Zertifikats im Vordergrund steht und wenn möglich auf generelle Schliessungen verzichtet werden soll. Dieser Maxime ist der Bundesrat in seinen jüngsten Entscheiden gefolgt. Ob bei allfälligen künftigen Einschränkungen oder Schliessungen eine Unterscheidung zwischen geimpften und ungeimpften Personen gemacht würde, lässt sich in der heutigen Situation nicht abschätzen.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7772 Locher Benguerel Covid-19 Massnahmen-Chaos im Bildungsbereich

Ansteckungszahlen und Massnahmen-Chaos im Bildungsbereich strapazieren alle Beteiligten.

Ist der Bundesrat bereit, für die verschiedenen Bildungsstufen, die Kantone zu koordinierten Massnahmen zu folgenden Themen aufzufordern oder Vorgaben zu definieren:

- Strategie zum Umgang mit Covid-19 mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen?
- Einheitliche Quarantäneregelungen?
- Repetitive Massentestungen?
- CO2-Messgeräte und bedarfsgerechte Massnahmen?
- Weitere Schutzmassnahmen wie z.B. Masken?

Antwort

Die Anordnung, Umsetzung und Koordination der Massnahmen auf Schulebene obliegt den Kantonen.

Der Bundesrat hat die Kantone mehrfach und eindringlich dazu aufgefordert, repetitive Testungen in den Schulen durchzuführen. Er fördert diese Massnahme, indem die Kosten für solche Tests vom Bund übernommen werden. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Juni 2021 überdies ebenfalls Empfehlungen zum repetitiven Testen und einen darauf abgestimmten Massnahmenkatalog formuliert und den Kantonen zugestellt. Darin wurde ein situationsabhängiges Vorgehen bezüglich Massnahmen wie Testen, Isolation, Quarantäne, aber auch z.B. Maskentragen, Lüften etc. vorgeschlagen.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7775 Bendahan

Quelles mesures pour soutenir les acteurs culturels toujours victimes de la crise qui n'obtiennent pas d'aides?

De nombreux acteurs culturels subissent directement les dégâts de la crise du COVID au vu des incertitudes. Beaucoup d'engagements sont annulés ou n'ont pas lieu, ce qui laisse nombreuses personnes sans possibilité de travailler, alors que les aides arrivent à leur fin ou ne sont pas adaptées. Que va faire le conseil fédéral pour compenser les revenus, permettre aux acteurs culturels de travailler et s'assurer qu'ils touchent effectivement des aides qui sont urgemment nécessaire?

Réponse

Le secteur de la culture dispose d'un large soutien en vertu de l'art. 11 de la loi COVID-19. Concrètement, ce soutien peut prendre la forme d'indemnités pour pertes financières, de contributions à des projets de transformation, de mesures de soutien destinées aux associations culturelles d'amateurs et d'une aide d'urgence pour les acteurs culturels qui ne sont pas en mesure de couvrir eux-mêmes leurs frais d'entretien immédiats. Outre ces mesures spécifiques au secteur de la culture, les acteurs culturels peuvent également bénéficier des mesures destinées à l'ensemble de l'économie, telles que les indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail, les aides pour les cas de rigueur, le « parapluie de protection » pour les manifestations publiques et les allocations pour perte de gain COVID-19. Le Conseil fédéral est conscient que, dans le secteur culturel, un retour à la normale n'est pas encore d'actualité. C'est pourquoi il a décidé le 1^{er} septembre dernier de prolonger les mesures COVID-19 dans le secteur de la culture jusqu'à fin 2022 (art. 11 loi COVID-19). Le Conseil fédéral devrait présenter au Parlement un message en ce sens à la fin du mois d'octobre 2021.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7782 Birrer-Heimo meineimpfungen.ch: Rückerstattung beglaubigte Ausweiskopien

Damit die Stiftung meineimpfungen Auskunftsbegehren bearbeitet, hat sie das Einsenden von beglaubigten Ausweiskopien verlangt. Die Kosten für diese Beglaubigung müssen gemäss EDÖB an die betroffenen Personen zurückerstattet werden.

- Wurden die Kosten für die verlangten beglaubigten Ausweiskopien tatsächlich zurückerstattet?
- Wer überprüft die Bearbeitung dieser Rückerstattungen?

Antwort

Der Auftrag der Rückerstattung ging an die Stiftung. Diese Rückerstattungen hat die Stiftung laut ihrem Informationsupdate vom 5. und 19. August 2021 auf ihrer Webseite abgeschlossen.

Allerdings kann die Stiftungsaufsicht im Rahmen ihres Verfahrens prüfen, ob die Kosten für die beglaubigten Ausweiskopien zurückerstattet wurden.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7783 Birrer-Heimo meineimpfungen.ch: Haftung Arpage AG

Die Plattform meineimpfungen.ch wurde gemäss Schlussbericht des EDÖB von der Arpage AG entwickelt und betrieben. Die Arpage AG hat laut der Stiftung meineimpfungen betont, dass die Plattform sicher ist. Der CEO der Arpage AG war bis Juni 2021 im Stiftungsrat der Stiftung meineimpfungen.

- Werden Ansprüche gegen die Arpage AG als Entwickler und Betreiber der Plattform meineimpfungen.ch geprüft?
- Werden Organhaftungs-Ansprüche gegen den ehemaligen Stiftungsrat geprüft?

Antwort

Die Prüfung allfälliger Ansprüche gegenüber der Arpage AG obliegt der Stiftung meineimpfungen.ch.

Ob und inwiefern Verantwortlichkeitsansprüche gegen Organe bestehen, kann grundsätzlich Gegenstand des laufenden Verfahrens zwischen der Stiftung und der Aufsicht werden.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7784 Birrer-Heimo meineimpfungen.ch: Rückforderung der geleisteten Finanzhilfe

Gemäss der Stellungnahme des Bundesrates vom 25.8.2021 zur Interpellation 21.3546 «Verwendung öffentlicher Gelder für meineimpfungen.ch» prüfte das BAG eine teilweise Rückforderung der geleisteten Finanzhilfe von der Stiftung meineimpfungen. Berücksichtigt das BAG dabei auch die jüngste Entwicklung, wonach die Stiftung sich auflösen und die Daten von ungefähr 450'000 Personen blockieren will? Wird das BAG eine Rückforderung vornehmen?

Antwort

Die Stiftung meineimpfungen.ch hat im Mai 2021 verlauten lassen, dass die elektronische Plattform nicht mehr in Betrieb genommen wird. Damit entfällt die Tätigkeit, für welche im Jahr 2020 die Finanzhilfe gesprochen wurde. Im August nun hat die Stiftung die Liquidation bei der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht beantragt. Vor diesem Hintergrund hat das BAG die Auszahlung der Finanzhilfen an die Stiftung beendet. Ob es in diesem Zusammenhang zu Rückforderungen kommen wird, ist offen.

Von der Beendigung der Finanzhilfen zu trennen ist die Frage, wie die Zugänglichkeit der Impfdaten der ungefähr 450'000 Personen gesichert werden kann. Hier ist das BAG zusammen mit dem EDÖB und unter Berücksichtigung der Aufsichtsaktivitäten der Stiftungsaufsicht dabei, nach Lösungen zu suchen.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7789 Fehlmann Rielle

Prix des médicaments : quid de la suite concernant Lucentis versus Avastin ?

Lors de sa réponse à ma motion 19.3285, "Prix des médicaments. Exemple du Lucentis versus Avastin. Quand la Suisse prendra-t-elle des mesures ?", le Conseil fédéral avait chargé le DFI d'évaluer les dispositions concernant l'utilisation hors étiquette de médicaments. Les résultats étaient promis pour 2020 afin d'examiner des mesures concernant le remboursement de médicaments dans des cas spécifiques. Quand pense-t-il livrer ses conclusions ?

Réponse

L'évaluation de la prise en charge de médicaments dans des cas particuliers est terminée et le rapport final a été publié fin 2020. Les dispositions relatives à la prise en charge des médicaments dans des cas particuliers sont actuellement en cours de révision. Il est examiné entre autres la possibilité de rembourser des thérapies médicamenteuses moins coûteuses pour des cas individuels et hors indications, s'il existe une alternative thérapeutique approuvée inscrite dans la Liste des spécialités. La consultation de ces adaptations devrait s'ouvrir au début de l'année 2022.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7790 Steinemann

Personen welcher Nationalitäten verüben Vergewaltigungen?

Die Kriminalstatistik unterscheidet nur zwischen Schweizern und Ausländern. Dennoch sind dem BFS die Nationalitäten der Verurteilten bekannt, sie erscheinen aber nicht auf öffentlichen Plattformen.

Welche Staatsangehörigkeiten weisen die aufgrund Art. 190 StGB 101 Verurteilten von 2018, welche die 72 schweizweit Verurteilten von 2019 auf?

Antwort

Das BFS publiziert seit 2014 die Zahlen zu den Nationalitäten der verurteilten Personen nach Strafgesetzbuch, Strassenverkehrsgesetz, Betäubungsmittelgesetz und Ausländer- und Integrationsgesetz.

Die Tabellen der Strafurteilstatistik weisen jeweils für jedes Gesetz ein kumuliertes Total der verurteilten Schweizer und Ausländer aus, da für die einzelnen Nationalitäten die Fallzahlen gross genug sein müssen, um verlässliche Resultate zu berechnen.

Bei einer Auswertung nach Artikel 190 des Strafgesetzbuches sind die Ergebnisse für die einzelnen Nationalitäten nicht aussagekräftig genug, weil die Zahlen zu klein sind.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7791 Friedli Esther Kein Covid-Zertifikat für Skigebiete

Gemäss Medieninformationen finden zwischen dem BAG und Seilbahnen Schweiz Gespräche über die Ausweitung des Covid-Zertifikats auf Skigebiete statt. Eine Ausweitung wäre völlig unangemessen und widersinnig, da Skifahren ein Sport ist, der draussen gemacht wird. Zudem verfügen viele Seilbahnen eine Konzession des öffentlichen Verkehrs. Teilt der Bundesrat daher die Meinung, dass eine Ausweitung des Covid-Zertifikats auf Skigebiete und Seilbahnen nicht angebracht ist?

Antwort

Die Ausübung des Sports im Freien unterliegt gemäss den aktuellen Massnahmen des Bundes keinen Beschränkungen. Es bleibt den Kantonen oder Betreibern der Skigebiete überlassen, ob sie bestimmte Massnahmen auch für die Nutzung ihrer Skipisten vorgeben wollen.

Es wird seitens des Bundesrats begrüsst, dass die betroffenen Kantone sowie die Betreiber von Skigebieten frühzeitig Abklärungen zum sicheren Betrieb und zu geeigneten Massnahmen bei der Nutzung von Seilbahnen und weiteren Beförderungsanlagen treffen. Diese Abklärungen und die daraus fliessenden Massnahmen gewährleisten für die Wintersaison Transparenz und Planungssicherheit.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7793 Rösti Elektronisches Patientendossier

Der Bericht des Bundesrates zum elektronischen Patientendossier (EPD) zeigt viele noch zu klärende Punkte auf, deshalb stellen sich folgende Fragen:

Wie viel kostet die Implementierung des EPD in allen rund 1600 Pflegeheimen der Schweiz?

Wie viele Dossier-Eröffnungen von Pflegeheimbewohnern sind zu erwarten?

Ist der Bundesrat bereit, das für Pflegeheime vorgesehene Datum (April 2022) hinauszuschieben, bis das EPD perfektioniert ist?

Antwort

Die Höhe der Implementierungskosten in den Pflegeheimen lässt sich derzeit nicht beziffern. Je nach Grösse und Organisationsstruktur der Pflegeheime fallen unterschiedliche Aufwendungen (wie beispielsweise die Ausbildungskosten) an. Ebenso führen die verschiedenen Möglichkeiten der technischen Anbindung der Pflegeheime an die EPD-Infrastruktur zu unterschiedlichen Kosten.

Wie viele Dossier-Eröffnungen von Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen zu erwarten sind, kann zurzeit nicht eingeschätzt werden. Die Anzahl Eröffnungen kann jedoch durch die Aktivitäten der Pflegeheime und den Stammgemeinschaften massgeblich beeinflusst werden.

Der Bundesrat geht davon aus, dass per April 2022 eine vollständige Abdeckung des EPD-Angebots in der Schweiz gegeben ist. Der Termin April 2022 für die Pflegeheime und weitere Gesundheitseinrichtungen soll daher aufrechterhalten werden.



Ora delle domande del 20 settembre 2021

Domanda 21.7799 Gysin Greta **Estensione del certificato COVID-19 e gratuità dei test**

L'estensione del Certificato COVID e la rinuncia alla gratuità dei test, pone una questione etica: di fatto, la pressione sui non vaccinati sale al punto da non poter più veramente parlare di libera scelta. Questo vale in particolare per i redditi modesti. Come intende il Consiglio federale garantire la libera scelta se vaccinarsi o meno? Il Consiglio federale non ritiene di dover rivedere la propria decisione riguardo la gratuità dei test per garantirla?

Risposta

Nel frattempo tutte le persone che lo desideravano hanno avuto la possibilità di farsi vaccinare. La libera scelta di farsi vaccinare o meno non è messa in questione. Tuttavia, il Consiglio federale ritiene che le persone che non intendono farsi vaccinare per motivi non legati alla salute debbano pagare i costi dei test se vogliono un certificato. L'offerta della vaccinazione gratuita resta valida. La vaccinazione rappresenta lo strumento più efficace per proteggersi da un'infezione da COVID-19 e contribuisce in modo sostanziale a impedire il sovraccarico delle strutture ospedaliere.

Le persone che non possono farsi vaccinare per motivi di salute e che dispongono di un certificato medico nonché i bambini e gli adolescenti al di sotto dei 16 anni hanno tuttora la possibilità, se richiesto, di farsi testare gratuitamente.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7803 Dettling Geimpft und trotzdem Covid

Trifft es zu, dass eine Person die mit Covid im Spital liegt und vor 9 Monaten die Impfung gemacht hat dem Konto der ungeimpften zugeordnet wird? Oder wo liegt die Grenze ab wann eine Person die geimpft ist und trotzdem mit Covid im Spital liegt den ungeimpften zugeordnet wird?

Antwort

Nach dem aktuellen Stand der Forschung hält der Impfschutz bei einer Person, die vollständig mit mRNA Impfstoffen geimpft wurde mindestens zwölf Monate an. Beide in der Schweiz zugelassenen Impfstoffe schützen wirksam vor schweren Krankheitsverläufen. In der Statistik des Bundesamts für Gesundheit werden bisher nur Personen als ungeimpft geführt, die zum Zeitpunkt der Diagnose keine Impfung erhalten haben, da es noch keine Personen gibt bei der die Impfung länger als 12 Monate her ist. Personen die geimpft sind werden aber auch in Zukunft nie in der Kategorie ungeimpft aufgeführt.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7809 Aeschi Thomas

Covid-19: Verpasste Chance einer Ausbildungsoffensive für zusätzliches IPS-Pflegepersonal

Weshalb hat der Bundesrat im März 2020 - zu Beginn der Corona-Pandemie - keine Ausbildungsoffensive für zusätzliches IPS-Pflegepersonal gestartet? Während eine durchschnittliche Ausbildung drei Jahre dauert, hätten bis heute, d.h. während der letzten eineinhalb Jahren, in einem beschleunigten Ausbildungsverfahren sicherlich die notwendigen Pflegerinnen ausgebildet werden können.

Antwort

Diese Kompetenz für eine Ausbildungsoffensive liegt bei den Kantonen bzw. den (Ausbildungs-)Institutionen des Gesundheitswesens. Der Bund hat in diesem Bereich keinerlei Kompetenz.

Auch in Normalzeiten herrscht im Pflegebereich ein Fachkräftemangel. Die Schweiz ist deshalb insbesondere in den Grenzregionen in hohem Masse abhängig von ausländischen Pflegepersonal. Während der Pandemie war und ist das Pflegepersonal zudem nicht nur auf den Intensivstationen stark gefordert. Die Kapazitäten können daher nicht unbegrenzt erhöht werden – auch nicht mit einer Ausbildungsoffensive. Da ausserdem die Praxisausbildner und -ausbildnerinnen aufgrund der angespannten Personalsituation direkt in der Pflege eingesetzt werden mussten, ist die Schaffung neuer Ausbildungsplätze während der Covid-19 Pandemie ebenfalls nur beschränkt möglich.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7811 Aeschi Thomas

Covid-19: Anzahl ausgestellte Zertifikate für Genesene

Für wie viele Personen wurde bis heute ein «Zertifikat für Genesene» ausgestellt?

Antwort

Bis zum Datenstand vom 15. September 2021 wurden insgesamt 217'740 Zertifikate für genesene Personen ausgestellt. Diese Zahl ist auf www.covid19.admin.ch unter «Ausgestellte Zertifikate Schweiz» zu finden.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7812 Aeschi Thomas Covid-19: Führungskrise des Bundesrates?

Weshalb haben andere Staaten wie das Vereinigte Königreich oder Dänemark fast alle Covid-19 Restriktionen aufheben können, während die Schweiz vor kurzem die Massnahmen sogar noch verschärfen musste? Was sind die vom Bundesrat identifizierten bundesrätlichen Führungsmängel in der sich weiter hinziehenden Corona-Führungskrise des Bundesrates?

Antwort

In der aktuellen Phase der Pandemie steht für den Bundesrat der Schutz des Gesundheitssystems im Vordergrund. Gemäss Drei-Phasen-Modell ergreift er nur dann Massnahmen, wenn die Überlastung der Spitäler droht. Dieser Maxime ist der Bundesrat bei seinen jüngsten Entscheiden gefolgt.

Dänemark und das Vereinigte Königreich weisen beide eine deutlich höhere Impfquote als die Schweiz auf. Aktuell sind in Dänemark rund 74% und im Vereinigten Königreich 65% der gesamten Bevölkerung vollständig geimpft. In der Schweiz liegt diese Zahl bei 52%. Mit dieser hohen Durchimpfungsquote eröffnen sich sowohl Dänemark als auch dem Vereinigten Königreich Handlungsoptionen, da das Virus weniger einfach zirkulieren kann und Personen mit einem hohen Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf besser geschützt sind.

Aus diesem Grund setzt der Bundesrat alles daran, die Durchimpfung in der Schweiz zu erhöhen. Der dafür notwendige Effort ist ein gesamtgesellschaftlicher. Nicht nur der Bundesrat, auch die Kantone, Gemeinden sowie Akteure der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik sind gefordert, damit die Schweiz das Massnahmendispositiv reduzieren respektive aufheben kann.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7637 Steinemann

Wie viele Steuergelder zu Humanrights?

Die Informationsplattform bringt sich regelmässig mit linken Positionen in Abstimmungs- und Parlamentsgeschäfte ein und kritisiert den Staat in einseitiger Weise, ohne in der Öffentlichkeit eine Rolle zu spielen. Sie gilt als Vorgänger der Menschenrechtsinstitution, die geschaffen werden soll.

Wie viel Geld bekommt sie direkt oder indirekt vom Staat seit 2009?

Wie viele Stellen werden über öffentliche Gelder finanziert?

Welches ist der Nutzen dieser Plattform?

Antwort

Die Organisation humanrights.ch ist in unterschiedlichen Bereichen tätig. Der Bund unterstützt einzig eine online Informationsplattform über das System des internationalen Menschenrechtsschutzes in der Schweiz.

Seit 2009 unterstützen verschiedene Bundesstellen die Informationsplattform humanrights.ch auf Gesuch und projektgebunden mit jährlich rund 223'970.- CHF (EDA: 182'085.-; EDI: 41'885.-).



Ora delle domande del 20 settembre 2021

Domanda 21.7653 Marchesi

60 milioni dalla Svizzera quale aiuto umanitario all'Afghanistan. Quali garanzie che non finiscano nelle tasche dei talebani?

Il Consigliere federale Ignazio Cassis ha annunciato che la Svizzera metterà a disposizione 60 milioni di Franchi - tra aiuti umanitari ordinari e straordinari - per il popolo afgano nei prossimi mesi.

Quali garanzie può offrire il Consiglio federale affinché l'importante ammontare finanziario non finisca in modo diretto o indiretto nelle tasche dei talebani? I flussi finanziari a favore del popolo afgano sono interamente sotto il controllo diretto della Confederazione? In che modo?

Risposta

La Svizzera rafforza l'aiuto umanitario per la popolazione afgana attraverso un contributo finanziario a favore delle organizzazioni partner. Queste organizzazioni includono il CICR, le istituzioni dell'ONU e le ONG internazionali. La Svizzera lavora con queste organizzazioni da molti anni e ne conosce bene le procedure. I trasferimenti finanziari a questi partner sono una garanzia che questi contributi non finiscano nelle casse dei Talebani. I programmi finanziati sono inoltre regolarmente valutati, anche con audit esterni.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7683 Molina

Brasilien: Demokratie und Rechtsstaat in Gefahr

Brasiliens Präsident Bolsonaro hat angekündigt, Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs gegen ihn nicht anzuerkennen. Die institutionelle Krise droht sich weiter zuzuspitzen.

-Wie beurteilt der Bundesrat die brasilianische Demokratie und mit welchen Rechtsfolgen?

- Wie trägt der Bundesrat zur Förderung der Menschenrechte bei?

-Inwiefern beeinflusst die Politik Bolsonaros, insbesondere die von ihm angetriebene Abholzung des Regenwaldes, die Position des Bundesrates zum Mercosur-Abkommen?

Antwort

Der Bundesrat verfolgt die Entwicklungen in Brasilien in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Umwelt und nutzt sowohl bilaterale wie auch multilaterale Instrumente um einen positiven Einfluss auf diese Werte in Brasilien auszuüben. So unterhält sie mit Brasilien zum Beispiel einen jährlichen Menschenrechtsdialog, formuliert Empfehlungen im Menschenrechtsrat und unterstützt einzelne Projekte vor Ort.

Die Wichtigkeit einer nachhaltigen Nutzung der Waldressourcen wurde in den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur thematisiert. Dieses enthält – wie alle neuen Freihandelsabkommen der Schweiz – ein völkerrechtlich verbindliches Kapitel zur Nachhaltigkeit. Dieses Thema wurde Anfang September anlässlich eines offiziellen Besuchs im Bundesstaat Amazonas, an dem der Schweizer Botschafter teilnahm, mit dem brasilianischen Vizepräsidenten diskutiert.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7690 Binder

Durban Konferenz IV ohne Beteiligung der Schweiz

Am 22.09.2021 findet die Durban Konferenz IV statt — "gefeiert" werden 20 Jahre, in denen der Antisemitismus gepflegt wurde. Bereits 16 Staaten (u.a. USA, Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich) haben deshalb ihre Teilnahme abgesagt.

- Weshalb setzt die Schweiz kein souveränes Zeichen gegen den Antisemitismus und nimmt an der Konferenz teil?
- Wie erklärt der BR sein Verhalten mit Blick auf den befreundeten Staat Israel gegen den sich die Konferenz immer richtete.

Question 21.7771 Nantermod

Durban IV: quelle est la position de la Suisse?

Le 22 septembre se tiendra la conférence Durban IV contre le racisme. Les polémiques autour de l'événement le transforment en cirque antisémite boycotté par de nombreux Etats occidentaux. Quelle est la position de la Confédération sur ces polémiques, entend-t-elle toujours participer à la conférence et, à défaut d'y renoncer, comment prévoit-elle de faire part de sa position face à ces graves dérives ?

Domanda 21.7785 Quadri

Conferenza di Durban: perché la Svizzera partecipa?

Vari Paesi, tra i quali Italia, Usa, Canada, Australia, Regno Unito, Francia, Germania, Austria, Olanda, Ungheria, Repubblica Ceca, non parteciperanno alla conferenza mondiale di Durban contro il razzismo, che si terrà il prossimo 22 settembre a New York.

Questo perché l'appuntamento rischia di trasformarsi in un vertice antisemita e anti israeliano, come già accaduto in precedenza.

Perché la Svizzera ha invece deciso di mantenere la propria partecipazione?



Antwort

Die 2001 in Durban verabschiedete Erklärung und das Aktionsprogramm bilden eine wichtige Grundlage für die internationale sowie nationale Antirassismuspolitik. Sie enthalten keine antisemitischen Äusserungen. Der Bundesrat ist sich jedoch bewusst, dass die Diskussionen um die Erklärung und das Aktionsprogramm von Durban in der Vergangenheit oft stark politisiert worden sind. Es ist ihm deshalb ein Anliegen, dass das bevorstehende hochrangige Treffen alle Fragen im Zusammenhang mit Rassismus in ausgewogener und umfassender Weise und ohne Politisierung behandelt. Der Bundesrat verurteilt jede antisemitische, rassistische oder diskriminierende Äusserung scharf.

Die Schweiz kennt in der UNO grundsätzlich keine «Politik des leeren Stuhls» und nimmt entsprechend an allen offiziellen Treffen der UNO-Generalversammlung teil. Jedoch wird die Schweiz nicht auf höchster Stufe teilnehmen.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7698 Müller-Altermatt

Teilnahme der Schweizer Botschafterin an einer aserbaidischen Propagandareise

Am 10. Juli hat die Schweizer Botschafterin in Baku, Muriel Peneveyre, an einer "Informationsreise" der aserbaidischen Regierung in die im zweiten Berg-Karabach-Krieg eroberte Stadt Shusha (armenisch Shushi) teilgenommen.

Erachtet es der Bundesrat als geschickt, wenn eine Diplomatin an einer Reise teilnimmt, an welcher Länder wie die USA, Russland und Frankreich wegen der Propagandagefahr nicht teilnehmen?

Welche Motivation stand hinter dieser Teilnahme?

Antwort

Zusammen mit weiteren ausländischen Vertreterinnen und Vertretern nahm die Botschafterin der Schweiz in Aserbaidschan auf offizielle Einladung hin am erwähnten Besuch teil. Dieser Besuch fand innerhalb des Akkreditierungsgebiets der Botschafterin statt. Nach dem Ende der Kämpfe rief die Schweiz Armenien und Aserbaidschan zur strikten Einhaltung des humanitären Völkerrechts auf. Sie hat beide Länder wiederholt eingeladen, den politischen Dialog unter der Schirmherrschaft der Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe der OSZE fortzusetzen. Der Bundesrat ist der Überzeugung, dass eine dauerhafte Lösung für alle offenen Fragen nur mit friedlichen Mitteln gefunden werden kann.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7721 Widmer Céline Evakuierung von Schweizer Staatsangehörigen aus Afghanistan

Angesichts der ausserordentlichen politischen Lage in Afghanistan bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

-Gemäss einer Medienmitteilung des Bundesrats vom 27.8. befanden sich noch 11 Schweizer Staatsangehörige in Afghanistan. Wurden diese Personen mittlerweile evakuiert? Falls nicht, steht das EDA in Kontakt mit diesen Personen?

-Warum hat der Bundesrat nicht früher auf die politischen Entwicklungen in Afghanistan reagiert? War er unvorbereitet?

Frage 21.7800 Roth Franziska Evakuierung aus Afghanistan

Ab wann war der Bundesrat über den drohenden Fall von Kabul gewarnt? Wie schätzten der Nachrichtendienst des Bundes NDB und andere Organe des Bundes die Lage in Afghanistan im Sommer 2021 ein? Hatte der Bundesrat Kenntnis davon, dass sich in Kabul die Ereignisse überschlagen und eine schnelle Evakuierung nötig sein wird, resp. wann hat der Bundesrat eine Evakuierung geprüft?

Antwort

Der Bundesrat hat Kenntnis von vier Schweizer Staatsangehörigen, die sich noch in Afghanistan befinden und ausreisewillig sind (Stand 15.09.21), und von vier weiteren, die in Afghanistan bleiben wollen. Die restlichen Staatsangehörigen konnten mittlerweile mithilfe der Vertretung in Islamabad ausreisen. Diese steht in regelmässigem Kontakt mit den verbleibenden Schweizer Staatsangehörigen und unterstützt sie.

Die Schweiz ging stets von einer kontinuierlichen Verschlechterung der Sicherheitslage während und nach dem Abzug der US-Truppen aus. Im August 2021 erachteten die Behörden die Sicherheit der Schweizer Vertretung vor Ort als nicht mehr gegeben. Die Geschwindigkeit der Lageverschlechterung wurde weder von der Schweiz noch von anderen betroffenen Staaten antizipiert.

Jedoch bestehen seit längerem Kontingenzpläne für eine rasche Evakuierung des versetzbaren EDA-Personals. Aufgrund der schwierigen Lage hat das EDA bereits Anfang Juli 2021 alle Feldeinsätze in Afghanistan gestoppt. Ab dem 11. August 2021



wurden die Vorbereitungsarbeiten für eine Evakuierungsoperation der Schweizer Mitarbeitenden und dem Lokalpersonal initiiert und die vorübergehende Schliessung des Kooperationsbüros am 13. August 2021 kommuniziert.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7723 Friedl Claudia Afghanistan: Situation der Frauen

Durch die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan geraten vor allem die Rechte von Frauen stark unter Druck.

- Was unternimmt der Bundesrat, um Frauen in Afghanistan zu schützen?
- Hat er Kenntnis über die jetzige Situation der Frauen in Afghanistan?
- Was kann der Bundesrat tun, um Frauen in Afghanistan zu schützen und ihre Rechte zu verteidigen?
- Gibt es die Möglichkeit, geschützte Frauenhäuser in Afghanistan zu errichten und zu unterstützen?

Frage 21.7724 Friedl Claudia Humanitäre Hilfe in Afghanistan: Wohin fliessen die Gelder?

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 8.9.2021 entschieden, die humanitäre Hilfe vor Ort in Afghanistan mit weiteren 33 Millionen zu unterstützen.

- Wie sorgt der Bundesrat dafür, dass die Gelder wirklich der Bevölkerung vor Ort zugutekommen und nicht in die Hände der Taliban fallen?
- Plant er Gelder für besonders gefährdete Gruppen zu sprechen, insbesondere für Frauen?
- Wie evaluiert der Bundesrat, wem die Gelder tatsächlich zufließen?

Frage 21.7725 Wobmann Geberkonferenz zu Afghanistan

An der Geberkonferenz in Genf forderten die UNO - Organisationen 600 Millionen Dollar humanitäre Hilfe für Afghanistan. Die Schweiz hat laut Medienberichten 60 Millionen Franken gesprochen. Wie wird der Bundesrat sicherstellen, dass keine dieser Gelder an die Taliban und an den IS fließen werden?

Frage 21.7726 Wobmann Schweizer Afghanistan Unterstützung in den letzten 20 Jahren

Wie gross, in welcher Form und an welche Kreise war die finanzielle Unterstützung der Schweiz an Afghanistan in den letzten 20 Jahren?

Frage 21.7742 Schläpfer Afghanistan

Der Bundesrat beabsichtigt Fr. 33 Mio. nach Afghanistan zu zahlen. Die Taliban und weite Teile der afghanischen Bevölkerung stehen unseren westlichen Werten



feindselig gegenüber. Zahlungen an Afghanistan können von den Taliban und ihren Anhängern als Einverständnis für ihre Greuelthaten aufgefasst werden.

- Wäre es nicht besser, wenn der Bundesrat mit diesen Geldern Auffanglager in Nachbarländern Afghanistans aufbauen hilft?

Frage 21.7744 Molina

Welche Strategie verfolgt der Bundesrat mit dem neuen Regime in Afghanistan?

Angesichts der gewaltsamen Machtübernahme der Taliban in Afghanistan bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie wird er sich für Frieden und Stabilität in der Region engagieren?

- Bemüht er sich um ein koordiniertes Vorgehen im Umgang mit der neuen Regierung?

- Welche Strategie verfolgt der Bundesrat mit der neuen Regierung Afghanistans?

- Plant er mit den Taliban in Dialog zu treten, um sie an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern?

Frage 21.7797 Crottaz

Afghanistan : l'engagement multilatéral de la Suisse

Le Conseil fédéral souligne l'importance de l'engagement multilatéral pour évacuer des personnes d'Afghanistan et aider sur le terrain.

Comment coordonne-t-il actuellement l'engagement multilatéral en Afghanistan?

Comment le réseau international prend-il forme autour de l'Afghanistan sans représentation diplomatique à Kaboul?

Le Conseil fédéral œuvre-t-il en faveur d'un ensemble de règles internationales sur l'Afghanistan impliquant toutes les parties afin de promouvoir la paix et la stabilité?



Antwort

Die rund 60 Millionen Franken für die afghanische Bevölkerung werden nicht an die Taliban bezahlt, sondern über bewährte Partnerorganisationen vor Ort umgesetzt. Dazu zählen das IKRK, UN-Institutionen und internationale NGOs. Die Schweiz kennt die Verfahren dieser Organisationen und steht mit ihnen in regelmässigem Kontakt. Als Geberin überwacht die Schweiz die Programme und verfolgt die Umsetzung der Empfehlungen externer Audits und Evaluationen.

In den letzten 20 Jahren hat die Schweiz rund 500 Millionen Franken zugunsten der afghanischen Bevölkerung eingesetzt. Der Förderung des Status von Frauen und Mädchen kam dabei besondere Aufmerksamkeit zuteil. Die DEZA klärt derzeit ab, inwiefern die Programme weitergeführt werden können. Der Schutz von Frauen und Kindern ist ein zentraler Aspekt der humanitären Hilfe und ist auch mittel- und längerfristig ein wichtiges Anliegen.

Viele Partner der DEZA konnten in den letzten Jahren auch in von den Taliban besetzten Gebieten arbeiten. Die Taliban haben den internationalen Gebern versichert, dass sie ihre Arbeit weiterführen können. Die nächsten Monate werden zeigen, inwiefern dies der Fall ist. Gerade jetzt ist es wichtig, in der Region Hilfe zu leisten statt sich auf temporäre Lösungen wie Auffanglager zu fokussieren. Wo möglich sollen Gelder auch für mittel- und langfristige Programme eingesetzt werden, welche Perspektiven bieten können. Dies bekämpft Armut und stärkt die Ernährungssicherheit vor Ort.

Der Bundesrat ruft alle Parteien auf, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Die Schweiz ist bereit, ihre guten Dienste anzubieten. Es ist noch verfrüht zu entscheiden, ob und wann die Schweiz mit der afghanischen Regierung formell Kontakt aufnimmt.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7745 Guggisberg Reisetätigkeit der Bundesverwaltung während der Coronakrise

Wie viele Steuergelder und Tonnen CO2 wurden aufgrund von Corona verminderten Reisetätigkeit der Angestellten der Bundesverwaltung eingespart? (Vergleich der Jahre 2018, 2019 und 2020)?

Antwort

Vor der Pandemie lagen die jährlichen Kosten für Dienstreisen per Flug oder Bahn, die von der Bundesreisezentrale gebucht wurden, bei rund 20 Millionen Franken. 2018 betragen sie 20,58 Millionen, im Jahr 2019 waren es 19,31 Millionen.

2020 sanken die Kosten deutlich. Sie betragen noch 3,7 Millionen Franken. Das ist gegenüber 2018 eine Reduktion um 16,88 Millionen oder rund 82 Prozent. Und verglichen mit 2019 eine Reduktion um 15,61 Millionen oder knapp 81 Prozent.

Vergleichbar ist das Bild bei den CO2-Reduktionen. Die Dienstreisen verursachten im Jahr 2018 Emissionen von 19'639 Tonnen CO2. 2019 waren es 18'093 Tonnen. Letztes Jahr sanken die Emissionen auf 3744 Tonnen. Verglichen mit 2018 ist das ein Minus von 15'895 Tonnen oder knapp 81 Prozent. Und gegenüber 2019 beträgt die Reduktion 14'349 Tonnen oder 79 Prozent.



Fragestunde vom 20. September 2021

Frage 21.7747 Molina

Westsahara: Wie wird sich die Schweiz im Uno-Sicherheitsrat für eine politische Lösung einsetzen, die das Völkerrecht respektiert?

Die Lage in der von Marokko völkerrechtswidrig besetzten Westsahara ist seit einem Jahr äusserst angespannt. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung.

- Wie wird sich der Bundesrat, sollte die Schweiz 2023/24 in den UN-Sicherheitsrat einziehen, für eine Lösung des Westsahara-Konflikts einsetzen?
- Ist er bereit, sich in der Gruppe "Freunde der Westsahara" zu engagieren?
- Anerkennt er die Resolution 34/37 der UN-Generalversammlung vom 21. November 1979 vollumfänglich (insb. Punkt 7)?

Antwort

Die Schweiz unterstützt die Bemühungen der UNO und die zentrale Rolle, die sie im Westsahara-Prozess spielt. Sie unterstützt eine politische Lösung im Einklang mit dem Völkerrecht, einschliesslich der einschlägigen UNO-Resolutionen, insbesondere des UNO-Sicherheitsrats. Sie verfolgt auch die Menschenrechtslage in der Region aufmerksam. Nur durch Verhandlungen kann eine gerechte, dauerhafte und beidseitig akzeptable politische Lösung erreicht werden. Diese Position würde die Schweiz, sollte sie gewählt werden, auch im UNO-Sicherheitsrat vertreten. Sollte ein neuer persönlicher Gesandter des UNO-Generalsekretärs ernannt werden, ist die Schweiz bereit, ihn zu unterstützen. Die Schweiz ist nicht Mitglied der Freundesgruppe zu Westsahara, deren Mitgliedschaft sehr beschränkt ist.



Heure des questions du 20 septembre 2021

Question 21.7796 Crottaz

Maroc: Examen périodique universel

Le 4ème examen périodique Universel du Maroc (Conseil des Droits de l'Homme) aura lieu en novembre 2022. La Suisse ne devrait-elle pas intervenir sur la question du Sahara Occidental puisqu'elle n'est pas encore intervenue sur cette question lors des 3 premiers examens. Par exemple sur la situation très préoccupante des prisonniers sahraouis, sur la question des centaines de disparus sahraouis, dont on est sans nouvelles depuis des années ainsi que sur le respect du cadre onusien.

Réponse

L'Examen périodique universel se fonde sur les informations fournies par l'Etat examiné, par les entités des Nations Unies, par les rapports d'experts et de groupes indépendants des droits de l'homme, ainsi que par les parties prenantes telles que les institutions nationales des droits de l'homme et des organisations non gouvernementales. C'est sur la base de cette documentation que la Suisse se déterminera, le moment venu, sur ses recommandations éventuelles à l'attention du Maroc.

NATIONALRAT – CONSEIL NATIONAL
Herbstsession 2021 – Session d'automne

2021.7777

Frage Büchel Roland
Question Büchel Roland

Parlnet: Wie haben sich die Zugänge entwickelt?

Text der Frage vom 15. September 2021

Wie hat sich die Anzahl der von den Fraktionen beantragten (und bewilligten) Zugänge und Parl-E-Mail-Adressen, aufgeschlüsselt auf die verschiedenen Fraktionen, über die letzten fünf Jahren entwickelt?

Parlnet. Quelle a été l'évolution du nombre des accès ?

Texte de la question du 15 septembre 2021

Quelle a été l'évolution, au cours des cinq dernières années, du nombre des accès et des adresses électroniques " Parl " demandés (et obtenus) par les groupes parlementaires, ventilés par groupe ?

Antwort des Büros vom 20. September 2021

Aus der untenstehenden Tabelle geht hervor, wie sich die Zugänge der Fraktionssekretariate auf Parlnet über die @parl.ch-Adressen zwischen 2019 und 2021 entwickelt haben. Vor 2019 gab es kein Parlnet in dieser Form.

Sämtliche Zugangsgesuche der Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten wurden bewilligt.

Fraktionen	2019	2020	2021
V	4	5	6
S	6	13	15
M-E	7	12	17
G	5	11	13
RL	10	14	15
GL	3	5	5
Total	35	60	71

Réponse du bureau du 20 septembre 2021

Les accès des secrétariats des groupes parlementaires à Parlnet, par le biais d'adresses dédiées @parl.ch, ont évolués de la manière suivante entre 2019 et 2021. Avant 2019, Parlnet n'existait pas sous cette forme.

Tous les accès demandés par les présidents de groupe ont été accordés.

Groupes	2019	2020	2021
V	4	5	6
S	6	13	15
M-E	7	12	17
G	5	11	13
RL	10	14	15
GL	3	5	5
Total	35	60	71